

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Wahlen: Für eine öko-soziale-feministische Wende. Seite 7

Der Aufstand in Muotathal

Elsy Föhn (89) und Luise Bürgler (78) kämpfen für ihre Poststelle. Seite 3



Postfinance kuschelt vor USA

Bank im Bundesbesitz schikaniert Schweizer Kuba-Hilfswerk. Seite 4

Kranke Kassen

Die Krankenkassenprämien bringen viele Haushalte an den Anschlag. Die Kassen bieten «Sparmodelle». Taugen die was? Grosser work-Ratgeber. Seiten 14–15

Die Firmenprofite steigen. Doch noch immer erhalten zu viele Arbeitende zu wenig zum Leben. Damit muss endlich Schluss sein:

Mehr Lohn!

Die gschämigen Lohnausweise • Der grosse Bschiss an den Frauen • Was die Gewerkschaften konkret fordern. Das work-Dossier: Seiten 10–11



WER REGIERT
DIE SCHWEIZ?

Politik ist käuflich. Das wissen wir schon seit Hans Tschäni's Grundlagenwerk über die Schweizer Filzokratie von 1983. Aber erst jetzt wissen wir ein bisschen mehr über die Dimensionen in Franken: Alleine die Versicherungen, Krankenkassen und der Finanzplatz erkaufen sich ihre Bundeshaus-Politikerinnen und -Politiker mit geschätzten 6,5 Millionen Franken pro Jahr. Ein Mandat von einer Krankenkasse schenkt mit 12839 Franken ein. Eines in der Finanzbranche mit fetten 63427 Franken.

Apfelfland als Bananenrepublik. Und Mann (Frauen sind da weniger gefragt) muss ja

nicht nur ein Mandat haben: In den Wandelhallen wandeln richtige Pösteli-Jäger. So kommt es denn, dass die wieseligsten unter ihnen jährlich bis zu 143 Prozent Zusatzeinkommen generieren. Zusätzlich zur Entschädigung für ihre Arbeit im Parlament von durchschnittlich 130000 bis 150000 Franken. Zum Beispiel Heinz Brand, SVP und Präsident des Krankenkassenverbands Santésuisse (plus geschätzte 100000 Franken). Oder Lorenz Hess, BDP, er hat grad einen ganzen Chratzen voller Visana-Mandate (plus geschätzte 142300 Franken). Und Josef Dittli, FDP und Präsident beim Krankenversicherer Curafutura (plus geschätzte 166000). Oder Jean-René Marcel Lucien Fournier, CVP und bei der Helvetia-Gruppe im Solde (plus geschätzte 144117 Franken). Plus plus noch etwas Münz (geschätzte 72000) von der Crédit Suisse, wo der Walliser als Senior Adviser dient.

NULL TRANSPARENZ. Es fliesst massig Geld. Das zeigt der neue Lobbyreport, den der Aargauer SP-Nationalrat Cédric Wermuth, der jetzt für den Ständerat kandidiert, bei zwei Recherche-Journalisten in Auftrag gegeben – und mit vielen kleinen Spenden bezahlt hat (rebrand.ly/studie-wermuth). Und das Geld fliesst vor allem nach rechts: Mandatskönigin ist die FDP, vor der SVP und der CVP. Zusammen garnieren sie 96 Prozent der hochgerechneten 26045720 Franken pro Legislatur. Und über diese ganze Geldschieberei herrscht null Transparenz. Wir haben keine Ahnung, wer wem wie viel wofür gibt.

ES WERDE LICHT! Das Bundeshaus ist die reinste Dunkelkammer: Neben Schweden ist die Schweiz das einzige europäische Land, das keine Regulierung der Politikfinanzierung kennt. Sie wird deshalb auch immer wieder gerügt. Und diesbezüglich auf die gleiche Stufe gestellt wie El Salvador und Sri Lanka. Apfelfland als Bananenrepublik? Am 20. Oktober sind Nationalratswahlen. In seiner Analyse der ablaufenden Legislatur schreibt work-Autor Clemens Studer: «Die rechte Blockade- und Abbruchpolitik hat das Land nicht weitergebracht.» Und er fordert die «öko-soziale-feministische Wende» (Seite 7). Mit ihr würde endlich etwas mehr Licht in der Schweizer Dunkelkammer.

Syndicom feiert GAV-Abschluss – und erntet Kritik von der Unia
Gewerkschaftlich legitimiertes Lohndumping



UNANSTÄNDIG: Der neue Versandhandel-GAV sieht unfaire Löhne von 18.21 Franken für Ungelernte und 19.12 für Gelernte vor.
FOTO: GETTY / MONTAGE WORK

Er ist der erste GAV für Betriebe, die für Firmen wie Zalando Pakete einpacken und Retouren bewirtschaften. Ein «Pionier-GAV», der gut tönt. Bei näherem Rechnen aber ziemlich alt aussieht.

PATRICIA D'INCAU

Brutaler Druck, Dauerüberwachung und ständige Existenzangst: Das erlebte Maria B.* 2017 beim St.Galler Unternehmen MS Direct. Ein Jahr lang bearbeitete sie dort Päckli-Retouren, vor allem vom Onlinehändler Zalando. Dafür erhielt B. einen Stundenlohn von 17 Franken brutto. Im Monat waren das nicht einmal 2900 Franken, wie sie work berichtete (rebrandt.ly/miesmieser-zalando). Das ist selbst in einer nicht durch einen GAV abgedeckten Tieflohnbranche unanständig tief.

Die Unia intervenierte mit einer Petition. Sie forderte einen Stundenlohn von mindestens 22 Franken. MS Direct verweigerte das Gespräch. Seither gab's aus dem Osten nichts Neues.

GAV MIT HAKEN

Bis jetzt. Am 29. August verkündeten MS Direct und die Gewerkschaft Syndicom feierlich den Abschluss eines «Pionier-GAV». Eines schweizweit ersten Gesamtarbeitsvertrags für den sogenannten Fulfillment-Bereich, in dem auch die ehemalige MS-Direct-Mitarbeiterin Maria B. gearbeitet hatte.

Für die 400 Personen, die MS Direct aktuell dafür beschäftigt, soll der Mindestlohn im nächsten Jahr rauf. Auf «über 20 Franken nach sechs Monaten» im Betrieb.

* Name der Redaktion bekannt

Ein «Meilenstein», sind sich Firma und Gewerkschaft einig. Und auch: ein «Mindestlohn über den vom Bundesrat festgelegten 18.27 Franken pro Stunde», wie die Syndicom zur GAV-Unterzeichnung im Communiqué festhielt. Diese 18.27 Franken Mindestlohn hat die vom Bundesrat eingesetzte Behörde Postcom im letzten Herbst für den nicht regulierten Teil des Postmarkts erlassen. Entgegen der Forderung der Gewerkschaften, die im Minimum 20 Franken verlangt hatten, mit dem Ziel, später auf 22 Franken zu kommen. Pikant: Auch Syndicom kritisierte damals den Entscheid als «staatlich legitimiertes Lohndumping».

Der MS-Direct-GAV setzte da jetzt also einen Kontrapunkt – könnte man meinen. Doch was gut tönt, hat einen Haken.

JONGLIEREN MIT ZAHLEN

Anders als bei dem von der Postcom festgelegten Mindestlohn sind bei den MS-Direct-Löhnen die Ferien- und Feiertagsentschädigung mit eingerechnet. Bei 19.80 Franken liegt damit der tiefste GAV-Mindestlohn. Er gilt für Gelernte und Ungelernte gleichermassen – während der ersten sechs Monate im Betrieb. Danach steigen die Löhne: auf 20.52 Franken für Ungelernte und 21.54 Franken für Gelernte. Allerdings, wie erwähnt: Ferien- und Feiertagsentschädigung sind da schon drin.

Zieht man diese ab, bleibt ein Grundlohn von 18.21 Franken für Ungelernte und 19.12 für Gelernte. Im ersten halben Jahr für beide sogar nur 17.57 Franken brutto pro Stunde. Das ist kaum mehr, als MS Direct schon bisher bezahlt hat. Einen 13. Monatslohn gibt es nicht.

Wieso hat Syndicom so einen GAV überhaupt abgeschlossen? Und warum hat

sie sich nicht dagegen gewehrt, dass durch das unübliche Einrechnen der Feier- und Festtagsentschädigung die Löhne beschönigt werden? Anruf bei Syndicom-Geschäftsleitungsmitglied Giorgio Pardini. Er

«Dieser GAV bringt Löhne in anderen Betrieben unter Druck.»

ROMAN KÜNZLER, UNIA

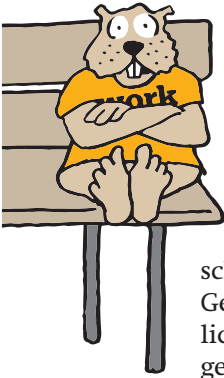
Und: «Der tiefste Mindestlohn gilt nur für die ersten sechs Monate im Betrieb.» Das sei normalerweise auch die Probe- und Einarbeitungszeit, und: «Was zählt, ist der automatische Anstieg. Die Löhne, die es dann gibt, sind für uns die effektiven Mindestlöhne in diesem GAV.»

Doch auch die liegen nach Abzug von Ferien- und Feiertagsentschädigung unter der 20-Franken-Marke pro Stunde. Pardini muss sich deshalb jetzt auch Kritik von Seiten der Unia gefallen lassen. Roman Künzler, zuständig für die Logistik-Branche, sagt: «Diese GAV-Löhne sind eine ganze Weltreise von dem entfernt, was wir vom Bundesrat verlangt haben.» Diese Kollegenschelte freut Pardini wenig, ziemlich genervt meint er: «Als Gewerkschafter muss man sich am Ende des Tages auch von politischen Postulaten lösen können und konkrete Arbeit machen.» Denn: Die Aufgabe sei es, GAVs abzuschliessen, und «darauf können wir dann aufbauen». Das löst wiederum bei der Unia Kopfschütteln aus. Künzler sagt: «Diese GAV-Löhne bringen die Arbeitsbedingungen in anderen Betrieben weiter unter Druck.»

EU-Rahmenabkommen: Parmelin sieht's jetzt wie die Gewerkschaften

Das Rahmenabkommen mit der EU hat in der vorliegenden Form im Volk keine Chance. Hauptgrund: Die Marktradikalen

Biberli meint: «Ich warte auch auf eine Erkenntnis.»



in der Schweiz wollten im Rahmenabkommen zusammen mit den Marktradikalen in der EU den Schweizer Lohnschutz schleifen.

KLARE HALTUNG. Der rechtsfreisinnige Aussenminister Ignazio Cassis machte sich zu ihrem Erfüllungsgehilfen und überschritt die vom Gesamtbundesrat definierten roten Linien. Doch er wurde dank dem unterschiedenen Reingrätschen von Gewerkschaften und fortschrittlichen Parteien im Sommer 2018 gestoppt. Die gewerkschaftliche



Bundesrat Guy Parmelin. FOTO: KEY

Schweizer Gewerkschaften erhielten und erhalten für ihre Position grosse Unterstützung der europäischen Gewerkschaften. Auch den politischen Fahrplan zu einem Abkommen ohne Schleifung des Lohnschutzes hat die Linke schon vor

Haltung war von Anfang an klar: «Unser Nein zum vorliegenden Rahmenabkommen Schweiz – EU ist ein Ja zu einem sozialen Europa, zur Personenfreizügigkeit und zu starken Arbeitnehmerrechten für alle!» Die

über einem Jahr definiert: Nachverhandlungen mit der EU. Aber zuerst die Nationalratswahlen im Herbst und dann die Abstimmung über die SVP-Kündigungsinitiative.

NA ALSO! Unterdessen sieht das auch SVP-Wirtschaftsminister Guy Parmelin so. Der «Sonntagszeitung» sagte er: «(Es) warten die Wahlen und dann noch die Abstimmung über die Begrenzungsinitiative. Die EU muss zuerst eine neue Kommission bilden. Ich glaube, wir werden erst im nächsten Jahr wieder ernsthaft über den Rahmenvertrag diskutieren können.» Na also, geht doch! Noch ist das vorliegende Rahmenabkommen mit der EU nicht offiziell tot. Aber es riecht immer strenger. Davon hat jetzt auch Parmelin Wind bekommen. CLEMENS STUDER

Elsy Föhn (89) und Luise Bürgler (78) kämpfen für ihre Post: «Der Bundesrat muss endlich handeln!»

Zwei Seniorinnen gehen in Muotathal gegen die Poststellenschliessung auf die Barrikaden: Im Nu haben sie 500 Unterschriften gesammelt. Und Post-Ministerin Simonetta Sommaruga eingeschaltet.

PATRICIA D'INCAU
«Es ist eine Frechheit», sagt Luise Bürgler (78), und Schwägerin Elsy Föhn (89) doppelt nach: «Vier Poststellen gab es früher hier in der Gegend. Und jetzt wollen sie uns die letzte auch noch nehmen!»

Die beiden Frauen sitzen in der Stube von Elsy Föhns altem Bauernhaus. Es gibt Kaffee, Kuchen und Ärger. Viel Ärger. Über die Post-Spitze, die landauf landab Filialen zumacht und den Service public ausdünn.

Bis 2020 soll jede dritte Poststelle von der Schweizer Karte verschwinden (siehe Box). Jene in Muotathal steht ganz oben auf der «Todesliste». Dabei sei die Filiale immer gut besucht, erzählt Luise Bürgler. «Zu jeder Uhrzeit ist da eine Schlange.» Aber die Post-Chefs, «die wollen ja nur noch die Filetstücke»: die Geschäftsbereiche, die Millionen einbringen.

Deshalb sollen die 3600 Muotathalerinnen und Muotathaler ihre Briefe und Päckli künftig im kleinen Volg-Laden im Dorf abgeben. Starttermin: Januar 2021. So haben es Gemeinderat und Post abgemacht. Aber wie das dann genau funktioniert, wissen offenbar noch nicht einmal die Verantwortlichen. Bürgler erzählt: «Ich habe einen Gemeinderat gefragt: Du, wo soll da denn noch die Post hin? Da hat es jetzt schon kaum Platz. Und der meinte: «Das weiss ich auch nicht.»»

SAUER AUF SCHWALLER

Dass sie «ihre» Post verlieren sollen, haben die Muotathalerinnen und Muotathaler Anfang Jahr aus der Zeitung erfahren. Bürgler erinnert sich: «Im Jassclub haben wir darüber gesprochen, dass wir uns wehren sollten.» Nur hätten da alle gesagt: Wir können das doch sowieso nicht mehr verhindern.

Da haben Bürgler und Föhn eben selber angepackt. «Ich habe einen Brief an Bundesrätin Sommaruga geschrieben, und Luise hat in kürzester Zeit 500 Unterschriften gesammelt», erzählt Elsy Föhn. «Und ja, mir chönned no», sagt die bald 90jährige verschmitzt. Alter hin oder her.

Was die Post-Spitze da treibe, das mache sie einfach «verrückt». Allen voran Post-Präsident Urs Schwaller, seit 2016 am Ruder, der Mann hinter dem grossen Abbau. «Schwaller muss weg», findet Föhn. Und der neue Post-CEO, Roberto Cirillo



VERSCHMITZT UND KÄMPFERISCH: Luise Bürgler (78) und Elsy Föhn (89) wollen sich ihre Post nicht wegrationalisieren lassen. FOTO: NICOLAS ZONVI

(Jahreslohn: 540 000 Franken, plus Boni und Spenden), soll gleich mit. Föhn hat ihn kürzlich in der «Tagesschau» gesehen, und: «Wie der geredet hat ... Die Post müsse den Gürtel enger schnallen ... Da gehe ich in die Luft!»

«SPOTT UND HOHN»

Für Elsy Föhn ist klar: «Der Bundesrat muss endlich handeln!» Einen zweiseitigen Brief, von Hand geschrieben, hat sie deshalb nach Bern geschickt. An Post-Ministerin Simonetta Sommaruga. Damit sie diesem «unheilvollen Tun» endlich einen Riegel schiebt.

Auch deshalb, weil der Bundesrat letztes Jahr entschieden hat: Eine Poststelle darf nur noch geschlossen werden, wenn alle Postangebote innert 20 Minuten zu Fuss oder mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sind.

Föhn sagt: «Bei uns ist das nicht der Fall.» Denn unbeschränkt Geld abheben und Bareinzahlungen machen: das wird in der geplanten Volg-Postagentur nicht gehen. Für letzteres müssen die Kundinnen und Kunden dann den Pöstler bestellen. Das heisst: An Tag eins anrufen, dass sie eine Bareinzahlung machen wollen. An Tag zwei auf den Pöstler warten, damit er das Geld mitnimmt. Und schliesslich, an Tag drei, bringt der die Quittung.

«Das ist doch Spott und Hohn!» sagt Föhn ungläubig. Für sie liegt auf der Hand: Wer künftig eine «richtige» Poststelle braucht, muss nach Schwyz. Und das dauert eben nicht – wie vom Bundesrat beschlossen – 20 Minuten. Sondern bis zu ei-

ner halben Stunde, mit dem ÖV durch das kurvige Tal plus Fussweg – und das Ganze wieder retour.

NATIONALE PETITION

Bundesrätin Sommaruga hat auf den Brief geantwortet, gleich zweimal. Die Schreiben liegen auf Föhns Stubentisch. Da steht: Auf das operative Geschäft der Post nehme der Bundesrat grundsätzlich keinen Einfluss. Aber: «Ich werde die Konzernleitung mit Nachdruck für dieses Anliegen sensibilisieren.»

Passiert ist bisher nichts. Doch die beiden Frauen lassen nicht nach. «Die Post gehört doch der Bevölkerung», insistiert Föhn. Und schliesslich haben sie viel Unterstützung: Ganze 500 Unterschriften kamen im Dorf innert weniger Tage für die Poststellenrettung zusammen. «Alle haben noch so gerne unterschrieben», erzählt Luise Bürgler. Alle, ausser SVP-Ständerat Peter Föhn. Er ist Bürglers direkter Nachbar. «Dem habe ich einmal zugerufen: He, Peter, unterschreibst du auch? Da sagte der doch einfach Nein.» Aber, meint Bürgler: «Dem werde ich schon noch einmal die Meinung sagen!»

Hilfreicher als der SVP-Politiker ist dafür die Gewerkschaft Syndicom. Fred Föhn, der Sohn von Elsy Föhn, hat sie im Sommer eingeschaltet. Inzwischen gibt es eine nationale Petition gegen den schweizweiten Postabbau (www.meinepoststelle.ch). Ganz nach dem Vorbild der zwei Muotathalerinnen.

Sie wissen: «Die betroffenen Gemeinden müssen sich zusammentun.» Und sowieso: Das Wichtigste sei, dass man sich überhaupt wehre. «Denn sonst können die von der Post oben einfach machen, was sie wollen.»

Elsy Föhn und Luise Bürgler machen weiter. Ihr Ziel ist klar: «Die Post bleibt!» Und zwar nicht nur in Muotathal, sondern in allen Gemeinden.

Angriff auf Arbeitszeit verliert an Schwung

BERN. Der Protest der Gewerkschaften hat gewirkt: Die Wirtschaftskommission des Ständerats will die Arbeitszeiterfassung nun doch nicht aushöhlen. Sie empfiehlt jetzt, die entsprechende Initiative von Karin Keller-Sutter abzuschreiben. Die damalige FDP-Ständerätin wollte die Arbeitszeiterfassung für leitende Angestellte abschaffen. Festhalten will die Kommission dagegen am Vorstoss von Konrad Graber (CVP). Er will die Wochen-Höchstarbeitszeit erhöhen und das Verbot der Sonntagsarbeit aufweichen.

Den Konkurs-Bschiss stoppen

BERN. Der Nationalrat will missbräuchlichen Konkursen einen Riegel schieben. Er hat zwei Motionen von Corrado Pardini und Jean Christophe Schwaab (beide SP) angenommen. Unia-Mann Pardini begründet seinen Vorstoss mit «organisierten Banden, die sich durch manipulierte Kettenkonkurse unrechtmässig bereichern». Damit schlägt der Nationalrat erste Pflöcke ein. Hängig beim Parlament ist nämlich ein ganzes Paket von Massnahmen gegen missbräuchliche Konkurse, das der Bundesrat Ende Juni verabschiedet hat.

Matratzen-Nazi gibt Ämter ab

WANGEN BE. Er finanzierte einen Kleiderversand für Neonazis und posierte selbst in Kleidern mit rechtsextremen Symbolen: Peter Patrik Roth, Chef der Schweizer Matratzenfirma Roviva, sorgte unlängst für Schlagzeilen. Aufgeschreckt hat dies auch den Wirtschaftsverband Oberaargau – Roth sass dort bis vor kurzem im Vorstand. Jetzt legt er sein Amt nieder, wie die «Berner Zeitung» berichtet. Auch aus dem Vorstand der Berner Handelskammer tritt er demnach zurück.

Streik in 250 Spitälern

PARIS. Sie sind chronisch überlastet und verdienen oft nur 1500 Euro im Monat. Deshalb haben Pflegerinnen und Pfleger



KRANKE SPITÄLER: Protest der Pflegenden in Paris. FOTO: IMAGO

in rund 250 französischen Notfallstationen am 10. September gestreikt. Meist symbolisch, um die Patientinnen und Patienten nicht im Stich zu lassen. Das nationale Streikkollektiv fordert 10 000 neue Stellen in den Notaufnahmen und 300 Euro mehr Lohn pro Monat. Die Pflegerinnen und Pfleger beweisen dabei Durchhaltevermögen: Ihr Protest dauert jetzt schon sechs Monate.



SOLIDARITÄT: Säuglingsstation eines Spitals in Havanna. Die Schweizer Organisation Medicuba unterstützt Kuba seit 25 Jahren in der medizinischen Versorgung.

Jetzt macht auch die Postfinance beim Kuba-Boykott mit

Postfinance kuschelt vor Trump

Wer aus der Schweiz Geld nach Kuba überweisen wollte, konnte sich bisher einzig auf die Postfinance verlassen. Damit soll nun Schluss sein. Die medizinische Hilfsorganisation Medicuba schlägt Alarm.

JONAS KOMPOSCH

Roland Wüest kann es noch immer kaum fassen. Die Postfinance überbrachte dem Zentralsekretär der medizinischen Hilfsorganisation Medicuba Schweiz am 27. August folgende Hiobsbotschaft: Zahlungen nach Kuba werde die Bank ab 1. September nicht mehr abwickeln. Für die Organisation, die seit 1992 über 6 Millionen Franken auf der Karibikinsel investiert hat, ein fataler Entscheid. Denn sämtliche Schweizer Banken tätigen keine Transaktionen mehr nach Kuba, sie haben sich dem Blockadedruck der USA (siehe Spalte rechts) längst gebeugt.

Kein Wunder war die Ankündigung der Postfinance, die erst noch ex-

trem kurzfristig kam, für Medicuba-Sekretär Wüest «ein Schock». Unterdessen ist die neue Regelung in Kraft, wie Postfinance auf Anfrage bestätigt. Immerhin: Für Euro-Überweisungen gewährt das Service-public-Unternehmen eine Fristverlängerung bis Ende September. Und als Hilfsorganisation durfte Medicuba einen Antrag auf eine Ausnahmegewilligung stellen. Ob sie diesem aber stattgeben wird, will Postfinance nicht sagen.

KUBA AUSHUNGERN

Mit ihrer abrupten Kehrtwende kommt nun auch die Tochtergesellschaft der Post AG, die immer noch zu hundert Prozent dem Bund gehört, einer neuen Forderung aus den USA nach. Warum aber macht Postfinance als Service-public-Unternehmen bei Trumps imperialistischer Embargopolitik überhaupt mit? Mediensprecher Johannes Möri sagt zu work, Postfinance sei zwar nicht direkt US-amerikanischem Recht unterstellt, aber «angewiesen auf ein Netz von

Korrespondenzbanken sowie auf den Zugang zum US-Dollar-Zahlungsverkehr». Deshalb entfalte die Gesetzgebung der USA «teilweise exterritoriale Wirkung». Im Klartext: Um das Dollargeschäft nicht zu gefährden oder allfällige US-Sanktionen zu riskieren, kuschelt nun auch Postfinance vor der Trump-Politik und opfert hierfür den weniger lukrativen Verkehr mit Kuba.

BUNDES RAT MUSS HANDELN

Wie künftig Geld aus der Schweiz an die Hilfsprojekte und an den Medicuba-Angestellten in Havanna gelangt, ist jetzt völlig unklar. Dabei erhält Medicuba neben Privatspenden auch Zahlungen aus Leistungsverträgen mit Gemeinden, Kantonen und der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza). Dazu Roland Wüest: «Es ist absurd, wenn die Postfinance als staatliche Bank verhindert, dass wir unsere Zahlungen und Leistungsverträge mit öffentlichen Institutionen erfüllen können.» Medicuba fordert daher den Bun-

desrat zum Handeln auf. Dieser müsse Massnahmen ergreifen, «damit Schweizer Organisationen und Bürgerinnen und Bürger ihr Recht auf Bankgeschäfte



«Ich hoffe, nicht wieder mit 50 000 Dollar im Koffer nach Kuba fliegen zu müssen.»

MEDICUBA-VICE FRANCO CAVALLI

in Kuba ausüben können». Und Medicuba-Vizepräsident und Onkologieprofessor Franco Cavalli hofft: «Dass wir die Gelder nicht wieder persönlich nach Kuba bringen müssen.» Vor zwanzig Jahren sei er selbst mit einem 50 000 Dollar schweren Koffer via Mexiko nach Havanna geflogen.

BOYKOTT

US-EMBARGO GEGEN KUBA

Seit bald 60 Jahren boykottieren die USA ihre kommunistische Nachbarinsel mit einem Handels-, Wirtschafts- und Finanzembargo. Je nach politischer Orientierung der Regierung mal mehr, mal weniger intensiv. Seit seinem Amtsantritt hat US-Präsident Donald Trump eine Reihe von Verschärfungen beschlossen, um Kuba komplett zu isolieren – und auszuhungern. So ist es US-amerikanischen Kreuzfahrtschiffen, Jachten und Privatflugzeugen seit Juni verboten, die Karibikinsel anzusteuern. Und neuerdings dürfen in den USA wohnhafte Personen vierteljährlich nur noch 1000 Dollar an Familienmitglieder in Kuba überweisen.

MEDICUBA. Der endlose US-Boykott hat teils verheerende Folgen für die kubanische Bevölkerung. So verurteilt auch die Menschenrechtsorganisation Amnesty International das Embargo aus dem Kalten Krieg scharf, weil die Versorgungslage der Bevölkerung Kubas verschlechtert und insbesondere der Import von Medikamenten und medizinischen Geräten erschwert werde. Genau da setzt seit 25 Jahren auch die Hilfsorganisation Medicuba an. Auf ihrer Website schreibt sie: «Die Gesundheitsversorgung Kubas ist durch Auswirkungen der Wirtschaftsblockade gegen Kuba gefährdet. Darum will Medicuba medizinische Strukturen in Kuba verankern helfen und zu deren nachhaltiger Stärkung und qualitativer Verbesserung beitragen.» www.medicuba.ch (jok)

Gewerkschaftschef Giorgio Tuti fordert als Nachfolge für SBB-CEO Meyer: «Nur kein eiskalter Manager mit Taschenrechner!»

Und tschüss! SBB-Chef Andreas Meyer geht. Giorgio Tuti, oberster Bahngewerkschafter, ist weder überrascht noch traurig. Und sagt, was die Bahn jetzt brauche.

CHRISTIAN EGG

512 kaputte Türen, ein tödlicher Unfall und endlose Pannen mit dem neuen Doppelstöcker: Die SBB stecken in der Krise. Giorgio Tuti, Chef der Eisenbahngewerkschaft SEV, sagt: «Das Image der Bahn hat in den letzten Wochen massiv gelitten.»

Und jetzt geht CEO Andreas Meyer. Die meisten Bähnlerinnen und Bähnler werden ihm kaum nachweinen. Reorganisation hier, «strategisches Pro-



gramm» da – unter Meyer liefen mindestens ein halbes Dutzend Umbauten gleichzeitig. Zum Beispiel im Unterhalt des Rollmaterials: Die Arbeiterinnen und Arbeiter wurden in vier «Levels» unterteilt. Mit absurden Auswirkungen, so Tuti: «Plötzlich durfte ein Mitarbeiter gewisse Arbeiten nicht mehr machen, die er

«Die SBB müssen das Kerngeschäft wieder ins Zentrum stellen.»

GIORGIO TUTI, SEV-CHEF

vorher 20 Jahre lang gemacht hatte.» Die Folge: Den SBB liefen die Technikerinnen und Techni-

ker davon. Die Gewerkschaft und die Personalkommission hätten von der Reorganisation abgeraten, so Tuti. Aber die Verantwortlichen hätten sie «düregschriet».

ZUHÖREN KÖNNEN. Für Gewerkschafter Tuti ist deshalb klar, was es jetzt braucht: «Anstatt endloser Reorganisations- und Digitalisierungsprojekte müssen die SBB das Kerngeschäft wieder ins Zentrum stellen.» Konkret: sehr gute Leistungen, gute Qualität und anständige Arbeitsbedingungen.

Die Nachfolgerin oder der Nachfolger von Meyer müsse eine integrative Persönlichkeit sein, die auf die Mitarbeitenden zugehen könne und sie ernst nehme. «Nicht ein eiskalter Manager, der den ganzen Tag mit



HÖCHSTE EISENBAHN: Die neue Chefin oder der neue Chef der SBB muss die Weichen neu stellen.

dem Taschenrechner rumläuft.» Denn die Bähnlerinnen und Bähnler wüssten am besten, wie es funktioniere und wo die Schwachstellen seien. Ihnen müsse die neue Chefin oder der

neue Chef zuhören. Tuti ist überzeugt: «Nur dann werden die SBB die hohe Sicherheit und Zuverlässigkeit halten, die sie heute im Vergleich mit anderen Ländern noch haben.»

Die Kriminologin Nora Markwalder forscht zu häuslicher Gewalt

«Ein kritischer Moment ist die Trennung»

Zwei von fünf Tötungen passieren in einer Partnerschaft, sagt die St. Galler Professorin Nora Markwalder. Und: Viele Täter waren schon vorher gewalttätig.

CHRISTIAN EGG

work: Nora Markwalder, ist es aus kriminologischer Sicht für eine Frau eigentlich lebensgefährlich, verheiratet zu sein?
Nora Markwalder: Nein. Verglichen mit anderen Todesursachen sind Tötungsdelikte bei uns sehr selten. Aber die Zahlen zeigen auch: in einer Beziehung ist das Risiko für eine Frau, getötet zu werden, am grössten. Viel grösser als etwa bei Streitigkeiten auf der Strasse oder im kriminellen Milieu.

In der Schweiz stirbt alle zwei Wochen eine Frau an häuslicher Gewalt. Pro Kopf der Bevölkerung öfter als in Italien oder Spanien. Woran liegt das?
Da kann ich nur vermuten. In den 1980er und 1990er Jahren waren die vielen Schusswaffen in der Schweiz für mehr als die Hälfte der Partnertötungen verantwortlich. Das hat sich geändert, jetzt ha-

Der Begriff «Beziehungsdrama» verschleiern, was es wirklich ist, nämlich eine Tötung.

ben Stichwaffen überhandgenommen. Doch gibt es in der Schweiz das Phänomen, dass Väter, typischerweise Schweizer, die Familie umbringen und dann sich selber. Und das tun sie in 80 Prozent der Fälle nach wie vor mit einer Schusswaffe. Möglicherweise erklärt das die Schweizer Zahlen.

Sie forschen gerade zu Tötungsdelikten innerhalb einer Partnerschaft. Was haben Sie herausgefunden?
Tötungen innerhalb von Partnerschaften sind in den letzten zehn Jahren ein bisschen zurückgegangen, aber weit weniger stark als die Tötungsdelikte insgesamt. Heute finden in der Schweiz etwa 40 Prozent aller Tötungen innerhalb einer Partnerschaft statt. Im internationalen Vergleich ein extrem hoher Anteil.

Warum?
In der Schweiz gibt es generell wenig Tötungsdelikte, da fallen die Partnertötungen stärker ins Gewicht. Wir haben sehr wenig Strassenkriminalität und Straftaten im kriminellen Milieu.

Sind die Todesopfer innerhalb von Partnerschaften alles Frauen?
Die grosse Mehrheit. Über 80 Prozent sind Frauen. Manchmal tötet ein Täter auch einen anderen Mann, etwa den neuen Freund der Ex-Partnerin. Täterinnen sind selten: 90 Prozent der Täter sind Männer.

In was für Beziehungen kommt es zur Tötung?
Unsere Daten zeigen, dass es in rund drei von vier Fällen schon vorher Streit oder Probleme gab. Und: Ein kritischer Moment ist die Trennung. In einem Drittel der Fälle war das Paar frisch getrennt oder eine Trennung gerade im Gang. Der Täter konnte es offenbar nicht akzeptieren, dass die Beziehung in die Brüche ging. Er sagte sich: Wenn ich diese Frau nicht haben kann, soll sie niemand haben.

Zur Person:
Das Verbrechen verstehen
Schon als Jugendliche las Nora Markwalder Bücher über Profiling und Serienmörder. Sie sagt: «Ich wollte verstehen, warum jemand Delikte begeht.» Heute ist die 37jährige Assistenzprofessorin für Strafrecht und Kriminologie an der Universität St. Gallen. Im Rahmen eines Nationalfondsprojekts forscht sie zu Tötungen innerhalb von Partnerschaften. In der Freizeit geht sie gerne ins Toggenburg zum Fischen: «So ganz allein in der Natur, das ist Erholung pur.» (che)



KRIMINOLOGIEPROFESSORIN NORA MARKWALDER: «Das Strafrecht taugt nicht, um die Leute zu erziehen. Um solche Taten zu verhindern, muss man früher ansetzen. Also die Leute sensibilisieren und einstehen für Nulltoleranz gegenüber Gewalt in einer Partnerschaft.» FOTO: PD

Passieren häusliche Tötungsdelikte aus dem Affekt heraus?
Nein. Häusliche Gewalt baut sich meist über längere Zeit auf und eskaliert dann. Unsere Daten zeigen, dass 42 Prozent der Täter bereits vorher Drohungen und Gewalt gegen das Opfer ausgeübt haben. In einem Fünftel der Fälle musste die Polizei schon vor der Tötung wegen häuslicher Gewalt einschreiten.

Eine Tat zeichnet sich also vorher ab?
Da wird's schwierig. Wir wissen zu wenig, wann der Schritt von häuslicher Gewalt hin zur Tötung passiert. Drum ist es auch für einen Staatsanwalt oder eine Richterin extrem schwierig zu entscheiden, wann sie gegen einen Mann Untersuchungshaft oder etwa ein Rayonverbot aussprechen soll.

Wenn ein Mann seine Frau, Freundin oder seine Ex tötet, schreiben die Medien von einem «Beziehungsdrama» ...
...dieser Begriff verschleiern, was es wirklich ist, nämlich eine Tötung. Und zwar eine, die jemand vorsätzlich begeht. Das ist nicht etwas, das einfach so passiert.

Welche Strafen sprechen die Gerichte bei Partnertötungen aus?
Der Durchschnitt liegt bei 11 Jahren und 7 Monaten Freiheitsstrafe. Das ist relativ viel, höher als etwa bei tödlichen Streitigkeiten im Ausgang. Das hat mich selber erstaunt. Am häufigsten entscheiden die Gerichte auf vorsätzliche Tötung, dort ist die Mindeststrafe fünf Jahre. Es gibt auch Urteile auf Totschlag, etwa wenn der Täter unter grosser seelischer Belastung gehandelt hat.

Urteile auf Mord gibt's nicht?
Doch, immerhin in einem Drittel der Fälle. Wenn zum Beispiel jemand die Tötung des Partners in Auftrag gibt. Oder wenn die Ausführung besonders brutal ist, etwa bei einem Giftmord.

Welche Männer werden wann gewalttätig?
Der klassische Straftäter ist jung. Bei häuslicher Gewalt sind die Täter etwas älter, weil sie ja zuerst in einer Beziehung sein müssen. Andere Risikofaktoren für häusliche Gewalt sind prekäre Lebensumstände, Geldprobleme und beruflicher Stress. Was die Nationalität angeht, sind Ausländer bei häuslicher Gewalt und bei Tötungsdelikten übervertreten.

Woran liegt das?
Die Nationalität ist ja nicht unbedingt ein erklärender Faktor, wahrscheinlich sind es andere Gründe. Klar ist: Immigration ist ein Stressfaktor, vielleicht haben die Kinder Mühe in der Schule, vielleicht reicht das Geld nicht, vielleicht ist die Wohnung zu klein. Aber das ist Spekulation.

Gibt die Kriminalstatistik überhaupt die Realität wieder?
Nur durch einen Filter. Sie enthält nur die Delikte, die angezeigt werden. Wenn eine Frau von ihrem Partner geschlagen wird und keine Anzeige macht, wissen wir das nicht. Verurteilungen wegen häuslicher Gewalt gibt es noch viel weniger. Sehr viele Verfahren werden eingestellt und die Täter nicht verurteilt. Auch weil die Frauen das verlangen.

Weshalb tun Frauen so etwas?
Oft ist eine Frau vom Mann abhängig, auch wirtschaftlich. Wenn er in Untersuchungshaft kommt, bringt er kein Geld mehr nach Hause. Viele Migrantinnen haben zudem keine Familie in der Schweiz, die sie unterstützen könnte.

Wie liesse sich häusliche Gewalt verhindern?
Als Strafrechtlerin sehe ich die Fälle, in denen es schon zu spät ist. Und das Strafrecht taugt nicht, um die Leute zu erziehen. Um solche Taten zu verhindern, muss man früher ansetzen. Also die Leute sensibilisieren und einstehen für Nulltoleranz gegenüber Gewalt in einer Partnerschaft.

Die Briefträgerin & das Händchen

Neulich war der Tierarzt da. Die Katze musste entwurmt werden, und einer Katze eine Tablette einzugeben ist ein schwieriges Unterfangen. Der Tierarzt und die Briefträgerin sind befreundet, drum macht er bei ihr Hausbesuche, wenn den Tieren etwas fehlt. Und manchmal verarztet er die Briefträgerin gleich



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

mit. Diesmal zeigte sie ihm eine kleine Schnittverletzung an einem Finger. «Deine rechte Hand ist ja viel muskulöser als die linke», stellte der Tierarzt zur Überraschung der Briefträgerin fest. «Du bist eine richtige Rechtshänderin!» Das hatte die Briefträgerin noch nie bemerkt.

Der rechte Bizeps der Briefträgerin ist eine Maus, der linke eine Ratte ...

Die Schnittwunde war eine Lappalie, die Tablette bald im Schlund der sich sträubenden Katze versenkt, der Kaffee war getrunken, der Tierarzt verabschiedete sich, und die Briefträgerin ging auf einen Spaziergang mit der Hündin.

BEOBACHTUNG. «Ich bin eine ausgeprägt rechtshändige Briefträgerin», dachte sie unterwegs. «Bei unserer Arbeit werden die Arme und Hände stark beansprucht. Vor allem die eine Hand, die aktive, die geschicktere.» Wogegen der ihr entgegengesetzte Oberarm – im Fall der Briefträgerin also der linke – eine grössere Belastung aushalten muss als sein Pendant auf der anderen Seite. Denn der linke Arm trägt den Packen Post, während die rechte Hand die einzelnen Sendungen durch die Briefkastenschlitze schiebt.

TEST. Am nächsten Tag machte die Briefträgerin im Stollen die Probe aufs Exempel: «Zeigst du mir mal deine Hände?» fragte

... dagegen hat sie links ein Händchen und rechts eine veritable Pranke.

sie einen Kollegen. Und gemeinsam mit dem verdutzten Mann erhielt sie die Bestätigung: Auch seine rechte Hand war grösser und kräftiger als die Linke. Auch ihm war das zuvor nie aufgefallen. «Ob das Phänomen tatsächlich typisch Pöstlerin, typisch Pöstler ist?» Die Briefträgerin will es wissen und ab nun den Leuten auf die Hände schauen.

FAZIT. Eines machte der Besuch des Tierarztes auf jeden Fall klar: Der rechte Bizeps der Briefträgerin ist eine Maus, der linke eine Ratte. Dagegen hat sie links ein Händchen und rechts eine veritable Pranke.

Harter Brexit
Wie auf
Kohlen sitzen

300 000 Französinnen und Franzosen, die in London leben, haben langsam, aber sicher Panik vor dem harten Brexit. Zehn Prozent von ihnen planen nun ihre Heimkehr. «Bre-xode» nennen sie es. Und nicht nur die Fran-zosen bangen.
Insgesamt 3,7 Millionen EU-Bürgerin-nen und -Bürger leben in Grossbritannien.



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschafts-bewegung aktiv.

Jetzt plagt sie die Unsicherheit: Werden sie danach noch das Recht haben zu bleiben, so-lange sie wollen? Sicher ist das nur für die eine Million Menschen, die registriert und seit mehr als 5 Jahren im Land sind. Die and-ern müssen sich einschreiben lassen und sitzen drum wie auf glühenden Kohlen. Mi-nisterpräsident Boris Johnson spielt mit ih-rer Unsicherheit, er benutzt sie als Geiseln für die Verhandlungen mit der EU.

PLÖTZLICH AUSLÄNDER. Wie auf glühenden Kohlen sitzen auch 1,3 Millionen Britinnen und Briten in verschiedenen EU-Ländern. Wenn sie dort neu als Ausländerinnen und Ausländer behandelt werden, ist es auch mit ihrer Aufenthaltssicherheit vorbei. Die Kran-kenkasse wird sie

Boris Johnson ist wie die SVP.

ein Mehrfaches kosten. Die Bürger-initiative «British in Europe» schreibt dazu äusserst besorgt: «Die 27 Mitgliedstaaten der EU werden genau schauen, wie ihre Bürger im Vereinigten König-reich behandelt werden.» Und sich allenfalls rä-chen. Das kümmert Boris Johnson aber nicht. Das alles zeigt, welch zentrales Recht die Personenfreizügigkeit darstellt. Einige Linke behaupten, sie sei vor allem das Recht der Kapitalisten, ohne Hindernisse Leute an-zuheuern und auszubeuten. Diese Fehlein-schätzung verkennt die Rechte von 18 Mil-lionen Menschen, alle EU-Migranten.

LOHNSCHUTZ SCHLEIFEN. Der britische Ge-werkschaftsbund TUC warnt zudem: «Der harte Brexit gibt Johnson die Zügel frei, um Ar-beitnehmerrechte zu schleifen.» Maximal-arbeitszeiten, bezahlte Ferien, Lohngleichheit für Frauen usw. Diese Errungenschaften im bri-tischen Recht beruhen auf EU-Richtlinien. Fal-len letztere weg, muss das Parlament neu be-schliessen. Boris Johnson wird deregulieren. Für ihn sind Arbeitnehmerinnenrechte eine Knebelung der Briten durch die EU. Boris John-son ist wie die SVP: Auch sie will das Ende der Personenfreizügigkeit und der bilateralen Ver-träge mit der EU. Um damit den Lohnschutz zu schleifen.



FOTO: UNIA

**Weiterbildung –
profitiere auch du**

Bilde dich weiter an den Kursen der Unia oder von Movendo, dem Bildungsinstitut der Gewerkschaften. Die Kurse sind thematisch sehr vielseitig, wie Kurse in Kommunikation, Lebensgestaltung und Politik. Die Unia unterstützt Mitglieder finanziell bei ihrer Weiterbildung.
www.unia.ch/bildung

Sheraton Zürich: Nach Reinigungsstreik lenkt Hoteldirektion ein
Ganz unten, aber nicht wehrlos

**Sieben Frauen und ein Mann des
Putzteams im Hotel Sheraton
in Zürich streikten für mehr Respekt
und bessere Arbeitsbedingungen.**

MICHAEL STÖTZEL

Das Sheraton an der Pfingstweidstrasse im Quartier Zürich West erlebte am 30. August Ausserordentliches: Mehr als die Hälfte seines Putzteams trat in den Warnstreik. Eine der acht Streikenden, nennen wir sie Isabella (29), Por-tugiesin, sagte den Journalisten: «Ich kann ein-fach nicht mehr, jetzt muss sich etwas ändern. Wir werden täglich ausgenutzt, wir müssen zu zweit regelmässig 50 bis 60 Zimmer reinigen. Und dann werden wir auch noch absolut re-spektlos behandelt. Ich bin total am Anschlag und werde am Schluss noch von meiner Chefin angeschrien.»

«QUERULANTEN»

Die Chefin nennt sie «Portugiesin» oder gleich «Scheiss-Portugiesin». Zum Streik lässt sich Lorraine Burkhard, die Geschäftsleiterin der Reinigungsfirma Burkhard & Partner, von der «Südostschweiz am Wochenende» zitieren, die Vorwürfe – zu hohe Arbeitsbelastung, kein fester Arbeits-plan, grauenhafte hygienische Bedin-gungen – trafen alle nicht zu. Einzelne von «der Gewerk-schaft aufgesta-chelte Querulanten» hätten die Aktion an-gezettelt. Ihre Firma habe den Auftrag zur Zimmerreinigung im Sheraton seit fünf Jah-ren, und noch nie habe es Probleme gegeben.

Doch genau sie steht im Zentrum des Pro-blems: Das Sheraton hat wie die meisten gros-sen Hotels zur Kostensenkung die Reinigung an Fremdfirmen ausgelagert. Und diese Fir-men führen ihren Preiskampf untereinander auf dem Rücken der Mitarbeitenden. Die im Stundenlohn arbeiten und immer schneller immer mehr Zimmer reinigen müssen. Und das mit möglichst billigem Material, zum Bei-spiel giftig ätzenden Putzmitteln, die sich in die Haut ihrer Hände fressen. Weil Sheraton und Burkhard selbst bei Handschuhen sparen.

PREKÄRE JOBS

Norma Giannetta ist Organizerin für Reini-gung bei der Unia Zürich. Sie hat die Erfahrung gemacht, dass es das Geschäftsprinzip der Branche ist, ausländische Frauen anzustellen, die kaum Deutsch sprechen, in prekären Ver-hältnissen leben und ihre Rechte nicht kennen. Wegen der Sprachprobleme fänden sie in der Schweiz nur einen Einstieg in der Reinigung, weil putzen angeblich jede Frau kann. Und kä-



STOP! Nach dem Streik der Putzequipe im Sheraton-Hotel hat die Direktion eingewilligt, die Reinigerinnen für Küche, Restaurant oder Seminarräume direkt beim Hotel anzustellen. FOTO: UNIA

men dann nicht weiter, weil sie keine Zeit hät-ten und nicht genug verdienten, um nur schon einen Sprachkurs zu besuchen. Giannetta: «Meist haben sie mehrere Jobs. Morgens fangen sie im Hotel an, dort ändern sich je nach Zim-merbelegung ständig die Arbeitspläne. Danach machen sie einen Zweitjob und putzen woan-ders. Wie sollen sie da noch regelmässig in ei-nen Deutschkurs gehen?»

Das ist ihr Leben: ständiger Druck dank nicht zu bewältigender Arbeitslast, ständig in Sorge, mit dem Geld nicht auszukommen, lau-fende Stellenwechsel, keine Kenntnis des in der Branche bestehenden GAV, praktisch kein Pri-vatleben.

SCHWIERIGE VERHANDLUNGEN

Unter solchen Bedingungen das Vertrauen der Frauen zu gewinnen und sie über ihre Rechte zu informieren, war eine jahrelange Arbeit für die Unia-Leute. Es be-gann schon damit, dass sie sich das Zu-trittsrecht zu den Hotels erstreiten mussten. Dann mussten sie die stets gehetzten Frauen dazu gewinnen,

überhaupt mit ihnen zu reden. Und immer wieder standen sie bei den Gesprächen unter misstrauischer Beobachtung der Vorgesetzten. Kurz: Bis zum Warnstreik gab es einen langen,

langen Vorlauf. Der Mut der Streikenden hat sich gelohnt. Schon weil sie jetzt wüssten und gelernt hätten, dass sie sich wehren könnten,

«Im Januar hab ich im Durchschnitt 12 bis 13 Stunden pro Tag gearbeitet. Zwischen Januar und März habe ich nur an zwei Wochen-enden freige habt.»

*Luisa, Renaissance Zürich Tower Hotel, Juni 2018

sagt Norma Gian-netta. Und tatsäch-lich zeigte sich die Sheraton-Direktion jetzt gesprächsbe-reit. Nach Verhand-lungen mit der Unia hat sich das Hotel gegenü-ber den Angestellten verpflichtet, die Einhal-tung des GAV zu kontrollieren und die Arbeits-last zu limitieren. Ausserdem werden die Rei-nigerinnen für Küche, Restaurant und öffent-liche Bereiche wie Réception oder Seminar-räume direkt beim Hotel angestellt.

Die acht Streikenden erhielten inzwi-schen die Kündigung auf Ende Oktober. Dann läuft auch der Reinigungsvertrag zwischen dem Sheraton und Burkhard aus. Die Unia will erreichen, dass spätestens dann Isabella und ihre Gruppe vom Hotel direkt übernom-men werden.

* Die Zitate stammen von Reinigungsfrauen aus dem Zürcher Marriott-Reich, zu dem acht Hotels gehören. Nur eins der Hotels hat eigene Putzleute. Die Zitate stehen in der Unia-Broschüre «Was Arbeitsbedingungen mit saube-ren Hotelzimmern zu tun haben und was Hotels dagegen tun können. Ein Report der Unia Zürich-Schaffhausen zur aktuellen Situation in Zürcher Marriott-Hotels» (2018).

Expertenbericht über «administrative Versorgung» kommt zum Schluss:
Die Schweiz hat noch viel zu wenig getan

**Die Schweiz hat das, was sie
ehemaligen «administrativ
Versorgten» angetan hat,
noch längst nicht wiedergut-
gemacht.**

PATRICIA D'INCAU

Sie erlebten sexuelle Gewalt und Schläge. Sie mussten hungern und wurden zwangssterilisiert: Min-destens 60 000 Kinder und junge Erwachsene erlebten im 20. Jahr-hundert in der Schweiz den Hor-ror von Zwangsmassnahmen und «administrativer Versorgung». Das

**Kommission empfiehlt
eine lebenslange Rente
für die Betroffenen.**

Regime galt bis 1981. Danach pas-sierte fast zwei Jahrzehnte nichts. Bis der Bundesrat Ende 2014 eine Unabhängige Untersuchungskom-mission (UEK) einsetzte, die das Verbrechen wissenschaftlich auf-arbeiten sollte.

Am 2. September präsentierte die UEK nun die Resultate. Fazit: Die ehemals «Versorgten», sind noch lange nicht rehabilitiert.

BEGEGNUNGORT. In ihrem Schlussbericht gibt die UEK meh-rere Empfehlungen ab. Zum Bei-spiel ein Gratis-GA für die Betrof-fenen, eine lebenslange Rente und die Idee für ein «Haus der anderen Schweiz». Es soll ein Begegnungs-ort für Betroffene sein, und ein «le-bendiges Mahnmal». Denn klar ist: Bisher wurde zu wenig gemacht. Das betrifft auch den Solidaritäts-beitrag von 25 000 Franken, den Betroffene beim Bund beantragen konnten. Allerdings nur während eines Jahres, bis im März 2018. Eine Frist, die für viele viel zu kurz war.

MEHR ZEIT. Auch das ist im UEK-Bericht festgehalten. Und die Kom-mission verlangte schon im Früh-ling: Die Eingabefrist muss verlän-gert werden. Oder aber ganz auf-



TRAURIG: Verdingkind auf einem Bauernhof, 1952. FOTO: KEYSTONE

gehoben, wie es die Betroffene Gabriela Pereira verlangt (**rebrand. ly/einfach-zuschauen**).

Gefordert ist nun die Politik. Ihre Empfehlungen hat die UEK am 2. September an Justizministe-rin Karin Keller-Sutter übergeben. Und die säte plötzlich ein Stück Hoffnung, indem sie über den ausgelaufenen Solidaritätsbei-

trag sagte: «Der Respekt gegen-über den Opfern würde es ge-bieten, die Frist aufzuheben.» Das ist neu. Bisher hat sich der Bundes-rat dagegen gewehrt. Allerdings sind zurzeit Vorstösse hängig, die mehr Zeit für die Gesuchseingabe schaffen wollen. Keller-Sutter meinte: Der Ball liegt nun beim Parlament.



RESET: Im Herbst haben wir die Chance auf einen Neustart in der Schweizer Politik. Lichtspektakel «Rendez-vous Bundesplatz» von 2017.

Auf zur öko-sozialen-feministischen Wende!

Am 20. Oktober wählen wir ein neues Parlament. Die absolute Mehrheit von SVP und FDP im Nationalrat wird fallen. Wichtig ist, wie sie fällt.

CLEMENS STUDER

Die vergangenen vier Jahre hatten SVP und FDP im Nationalrat mit 101 Sitzen eine absolute Mehrheit. Wirtschafts-, sozial- und umweltpolitisch waren sie zu keinen Kompromissen bereit. Tragfähige Lösungen, die auch vor dem Volk Bestand hatten, kamen – wenn sie kamen – aus dem Ständerat. So wie der Steuer-AHV-Deal. Trotzdem sind die vergangenen vier Jahre in ihrer Summe eine verlorene Legislatur, die parlamentarische Politik blockiert. Die Linke musste an allen Fronten wehren: mit kluger Parlamentsarbeit, aber auch mit Referenden.

DRUCK DER STRASSE

Die rechten und die bürgerlichen Parteien wollten weder beim Klimaschutz noch bei der Gleichstellungspolitik vorwärtskommen. Erst nachdem Hunderttausende beim Frauenstreik und an den Klimademonstrationen gegen die bürgerliche Blockadepolitik auf die Strassen zogen und der Wahltermin näher rückte, bewegten sich zumindest CVP und FDP ein bisschen. Wie nachhaltig das ist, ist unklar.

Klar dagegen ist, dass die harte rechte Mehrheit im Nationalrat fallen wird. Es zeichnet sich ein Linksrutsch ab, wobei politische «Rutsche» in der Schweiz erfahrungsgemäss eher «Rütschchen» zu sein pflegen. Trotzdem: die SVP wird tauchen – und sie weiss es. Darum fährt sie eine Rechtsausser-Gaga-Kampagne. Die FDP hat sich auf die Schnelle mal grün gewendet – und zwar so schnell, dass die Wende in der Bundeshaushaltsfraktion noch nicht angekommen ist. Die CVP ist jetzt plötzlich für die Ehe für alle und baut auf ihre Stärke im Ständerat. Die

BDP will sich noch einmal ins Parlament langweilen. Wahrscheinlich zum letzten Mal. Um die rechte Mehrheit zu brechen, müssen lediglich 2 Sitze von rechts nach Mitte-links wechseln. Die aktuellen Umfragen, aber vor allem die Resultate der jüngsten kantonalen Wahlen zeigen, dass dies so gut wie sicher ist.

GLP – DIE SOZIALABBAUER

Damit wäre dem Klima wahrscheinlich schon ein bisschen geholfen. Und damit wären wohl auch gewisse gesellschaftspolitische Blockaden gelöst. Doch für einen Politikwandel im Interesse der Lohnabhängigen braucht es mehr. Für sozialpolitische Fortschritte, für den Arbeitnehmerschutz, für eine echte Gleichstellungspolitik

GLP – gut fürs Klima, schlecht für die Lohnabhängigen.

- tik und für eine versichertenfreundliche Gesundheitspolitik müssen zehn Sitze von rechts zu SP und Grünen wechseln. Denn im Unterschied zur Klima- und Gesellschaftspolitik sind die Grünliberalen sozialpolitisch keine fortschrittliche Kraft, sondern überholen SVP/FDP teilweise sogar noch rechts. Vier Beispiele von vielen:
- Die GLP will
- Rentenalter 67 und höher für alle;
 - höhere Mindestfranchise bei der Krankenkasse;
 - Wackelrenten in der Pensionskasse, deren Höhe sich laufend am Erfolg oder Misserfolg der Börsenspekulation anpasst;
 - die 67-Stunden-Woche ermöglichen;
 - ein Rahmenabkommen mit der EU, das den Schweizer Lohnschutz schleift.

Aufs Konkrete verkürzt: Mandate, die von SVP/FDP zur GLP wechseln, verbessern das Klima, verschärfen aber die soziale

Lage der Lohnabhängigen und Rentenbeziehenden.

Die rechte Blockade- und Abbruchpolitik der ablaufenden Legislatur hat das Land nicht weitergebracht. Zwar konnten noch massivere Einschnitte bei den Sozialversicherungen, bei den Krankenkassen und beim Arbeitnehmerschutz verhindert oder vorläufig verzögert werden. Doch die grossen Herausforderungen blieben grösstenteils unangepackt.

In die Pensionskassenkrise kam eben erst Bewegung, weil sich Gewerkschaften und Arbeitgeber zusammensetzten und einen Vorschlag ausarbeiteten. Die Krankenkassenprämien waren, sind und bleiben für eine stetig steigende Anzahl Menschen ein existentielles Problem. Das Verhältnis zur EU harrt der Klärung. Der Rahmenvertrag steht auf dem Pannestreifen, weil der rechtsfreisinnige Aussenminister Ignazio Cassis versucht hat, damit den Schweizer Lohnschutz zu kippen. In der Gleichstellung geht's – wenn überhaupt – in Trippelschrittchen vorwärts. Wenn sich all das endlich ändern soll, braucht es weiter den Druck der Strasse und am 20. Oktober eine öko-soziale-feministische Wahlwende.

workfrage: Was erhoffen Sie sich von den Wahlen?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema!
Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe.
E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**



la suisse existe
Jean Ziegler

KONZERNE TÖTEN

Jean-Jacques Rousseau beendete sein wohl wirkungsvollstes Werk, den «Gesellschaftsvertrag», im Spätherbst 1762. Die gnädigen Herren von Genf liessen das Buch Seite für Seite öffent-

«Zwischen dem Starken und dem Schwachen ist es die Freiheit, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit.»

JEAN-JACQUES ROUSSEAU

lich vor dem Rathaus durchlöchern und dann verbrennen. Denn im «Gesellschaftsvertrag» steht der Satz, den alle Mächtigen lassen. Er heisst: «Zwischen dem Starken und dem Schwachen ist es die Freiheit, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit.»

DIE KONZERNINITIATIVE. Über 700 transkontinentale Rohstoff-, Agrar- und Finanzkonzerne gibt es in der Schweiz, dank horrenden Steuerprivilegien. Die meisten gehören ausländischen Kapitalisten. Eine breite Allianz zivilgesellschaftlicher und progressiver Organisationen will sie per Verfassungsinitiative zum Respekt der Menschenrechte und der Umwelt zwingen.

Die Konzerne, ihre Filialen im Ausland und ihre Zulieferer sollen einer Sorgfaltpflicht unterworfen werden. Wer Schaden anrichtet, wer Menschen vergiftet und tötet und die Umwelt zerstört, soll durch schweizerische Gerichte zu Schadenersatz an die Opfer verurteilt werden.

Die helvetischen Oligarchen schreien Zeter und Mordio. Aber der Rückhalt im Land für die Initiative ist stark. Der Nationalrat hat einen Gegenvorschlag erarbeitet, in dem immerhin noch die Sorgfaltpflicht und der schweizerische Gerichtsstand vorkommen.

Aber leider: Die Dachorganisation Economie-suisse und die Grossbanken haben folgsame Freundinnen und Freunde im Bundesrat. Beispiel: die Justizministerin Karin Keller-Sutter. Sie will einen bundesrätlichen Gegenvorschlag durchsetzen, der nur die total ineffiziente Verpflichtung zur Selbstkontrolle der Konzerne enthält.

GOLDWÄSCHE. Der Rechtswissenschaftler und Antikorruptionsexperte Marc Pieth hat soeben ein ausserordentlich kluges und eindrückliches Buch veröffentlicht: «Goldwäsche – die schmutzigen Geheimnisse des Goldhandels». 70 Prozent des weltweiten Goldhandels laufen über die Schweiz. Die Hälfte allen Rohgoldes wird von Schweizer Raffinerien zu Barren geschmolzen. Zum Beispiel das Gold aus der riesigen Mine North Mara im Norden Tansanias, das von dem in Genf beheimateten Konzern MKS gehandelt wird. Darüber berichtete kürzlich Sylvain Besson von der investigativen Journalistengruppe der Tamedia. Danach vergiften die Minenbetreiber das Trinkwasser mit Arsen, das bei der Goldgewinnung verwendet wird. Die Bewohnerinnen und Bewohner der umgebenden Dörfer protestierten mehrfach. Milizen der Minen-Enklave gingen gegen sie vor und ermordeten in den letzten vier Jahren 22 Menschen. Bei Marc Pieth ist weiteres Unheil nachzulesen, das in der Schweiz domizilierte Konzerne in der Goldbranche weltweit anrichten. Wer das liest, wird für die Initiative stimmen. Es geht um die Gesundheit, das Überleben von Hunderttausenden – und um die Ehre der Schweiz.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein jüngstes, in Deutsch erschienenes Buch heisst: «Was ist so schlimm am Kapitalismus? Antworten auf die Fragen meiner Enkelin».

Trau, schau, wem: Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wählen

Die rechten und bürgerlichen Parteien sind durchsetzt mit Lobbyisten. Die Wirtschaft lässt sich das viel Geld kosten. Direkt für die Politikerinnen und Politiker. Und indirekt durch die Finanzierung der rechten und bürgerlichen Parteien. Darum kommen Krankenkassen und

Pharma so gut weg – und die Versicherten leiden. Darum formuliert die Finanzindustrie die Gesetze, die sie betreffen, gleich selber. Darum haften Konzerne noch immer nicht für die Sauerreien, die sie ausserhalb der Schweiz anrichten. Bei Lohngleichheit, Arbeitnehmerschutz, flankierenden Massnahmen, sicheren und fairen Renten arbeiten die rechten Parteien auf Abbruch – und

die paar selbsternannten «SP-Reformer» sind unsichere Kantonalisten. Darum wählen Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen am besten engagierte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

KANDIDIERENDE. Auch diese Unia-Mitarbeitenden treten für den Nationalrat (wieder) an und haben die Geschäftsleitung über ihre Kandidatur informiert

(Stand am 10. September, nach Kantonen): **Bern:** Lena Frank (Grüne), Corrado Pardini (SP, bisher). **Genf:** Giulia Willig (Solidarités). **Neuenburg:** Derya Dursun (PdA), Alexandre Porret (Juso). **Schwyz:** Kathrin Ziltener (Gewerkschaftsbundliste). **Thurgau:** Alex Granato (SP). **Waadt:** Fabrice Choperon (PdA), Nicolas Rochat (SP, bisher), Isabelle Smekens (Solidarités), Jean Tschop (SP). **Wallis:** Blaise Carron (SP). (cs)

Die grösste Gewerkschaft erhöht das Rentenalter für Mitarbeitende um ein Jahr

Rentenalter 63 bei der Unia

Die rund 1200 Mitarbeitenden der Unia konnten bisher mit 62 in Pension gehen. Jetzt haben diese in einer Konsultativabstimmung der Erhöhung des BVG-Referenzalters auf 63 zugestimmt.

MARIE-JOSÉE KUHN

84,4 Prozent aller Unia-Mitarbeitenden haben einer Erhöhung ihres Rentenalters von 62 auf 63 Jahren in der Pensionskasse und einer Erhöhung ihrer Spar- und Risikobeiträge zugestimmt. 14,6 Prozent waren dagegen. Dies bei einer Stimmbeteiligung von 59,2 Prozent. Doch: Warum ist das nötig? work sprach mit Unia-Vizepräsident Aldo Ferrari. Er ist auch Präsident des paritätisch zusammengesetzten PK-Stiftungsrates.

work: Aldo Ferrari, was hat die Unia-Pensionskasse für Probleme?

Aldo Ferrari: Sie musste 2018 auf dem Anlagevermögen Verluste abbuchen. Andererseits machen ihr die langfristig tiefen Zinserwartungen und die steigende Zahl von Pensionierungen in den nächsten zehn Jahren zu schaffen. Wegen der gesunkenen Kapitalerträge muss die Unia auch die Übergangsrente bis zur ordentlichen Pensionierung neu ausrichten. Wer länger bei der Unia arbeitet, erhält eine Übergangsrente bis 65, die haben wir bisher über Kapitalerträge finanziert. Das ist jetzt nicht mehr möglich.

Die Zinserträge der Pensionskassen befinden sich schon lange im Fall, das hätte man doch kommen sehen müssen?

Die Unia-Pensionskasse weist heute im Quervergleich mit anderen Kassen ein ungünstiges Verhältnis von Rentenbeziehenden zu Aktivversicherten auf. Im Schnitt aller Kassen in der Schweiz liegt der Anteil der Rentenbeziehenden bei 44 Prozent, bei jener der Unia bei 57 Prozent.

Daneben leidet die Unia-Pensionskasse logischerweise an denselben Problemen wie die anderen Kassen auch. Deshalb müssen wir den sogenannten technischen Zins von heute 3 auf 2 Prozent senken. Und das wird zu einer Unterdeckung der Kasse führen.

Und darum senken Sie jetzt die Leistungen?

Unser wichtigstes Ziel war es, Rentenkürzungen zu vermeiden. Und das erreichen wir. Wer künftig bis 63 arbeitet, hat dieselbe Rente wie bisher. Wer früher gehen will, muss selber mehr ansparen. Nach wie vor ist es für Frauen möglich, ab 59 in Pension zu gehen, und für Männer ab 60.

Und im Gegensatz zu den meisten Pensionskassen senken wir nicht einfach den Umwandlungssatz – und damit die Renten –, sondern wir erhöhen das Referenzrentenalter um ein Jahr und die Beiträge.

Künftig müssen die Mitarbeitenden also auch noch mehr bezahlen?

Ja, sie bezahlen neu 1,5 Prozent mehr, aber auch die Unia als Arbeitgeberin bezahlt mehr. Nämlich plus 2,2 Prozent. Denn bei der Pensionskasse der Unia bezahlt der Arbeitgeber nicht nur die Hälfte der Beiträge, sondern 60 Prozent. Mit der Erhöhung der Beiträge finanzieren wir insbesondere die

Übergangsrente zwischen 63 und 65. Wir haben übrigens auch Übergangsregelungen für jene Mitarbeitenden vorgesehen, die kurz vor der Pensionierung stehen.



«Wir wollten Rentenkürzungen vermeiden.»

UNIA-VIZEPRÄSIDENT
ALDO FERRARI

In der politischen Debatte ist die Unia kategorisch gegen eine Rentenaltererhöhung. Aber sie selber erhöht das Rentenalter ihrer Mitarbeitenden ungeniert?

Achtung, wir reden hier nicht über die AHV, sondern über die Leistungen unserer Pensionskasse! Und die sind nach wie vor sehr gut.

Trotzdem: Nicht alle wollen den Unia-Entscheid einfach schlucken. Mitarbeitende haben eine Petition an die Geschäftsleitung unterzeichnet und fordern, dass die Abstimmung unter den Mitarbeitenden wiederholt werde. Was passiert damit?

Wir können nachvollziehen, dass der Entscheid eine einschneidende Massnahme darstellt und zu Diskussionen führt. Aber die Petition ändert nichts am Abstimmungsergebnis. Selbst dann nicht, wenn wir jetzt alle, die die Petition unterschrieben haben, zu den Nein-Stimmen dazurechnen würden.



KEINE RENTENKÜRZUNG: Wer bis 63 bei der Unia arbeitet, hat dieselbe Rente wie bisher. FOTO: MJK

INSERATE



Gewerkschaftsbund des Kantons Bern

Offen für Interessierte

Europa, die Schweiz und das institutionelle Rahmenabkommen

mit

Alt Bundesrätin

Micheline Calmy-Rey

Corrado Pardini Präsident GKB, Nationalrat SP

Regula Rytz Nationalrätin Grüne

Tamara Funiciello Grossrätin SP/JUSO

«Heil dir Helvetia»

Aus dem Programm des Satirikers Heinz Däpp

Samstag, 14. September 2019, 11.00 Uhr

Grossratssaal, Rathaus Bern

Kaffee und Gipfeli ab 10 Uhr 30

Wo Arbeitnehmenden-Schrecke und Amazonas-Killer vernebeln, schauen wir hin. Und zwar genau.



Klima-Krise! Klima-Aufstand!

Wie das Mercosur-Abkommen Klima und Lohnabhängige schädigt. Warum sich Klimaschützende und Gewerkschaften zusammenschliessen – und wie das konkret aussieht. Seiten 2 und 5

Hotel-Streik: Spaniens Zimmerfrauen sagen «Basta!» Seite 3

100 Jahre Bern Bümpliz
Eine politische Stadtgeschichte: Einst ein rotes Dorf, heute ein hohes Quartier. Seiten 10-11

Saisonier-Bub warnt Italien
Concetto Vecchio war Saisonier-Bub im Aargau. Sein Buch ist ein Bestseller. Seiten 6-7

Wenn 2 zusammenkleben
Nicht alle wollen heiraten. Und (noch) dürfen nicht alle. So klappt es trotzdem mit der Vorsorge. Der Ratgeber. Seiten 44-45

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++

150 Jahre alt und immer noch bewegend: Der Basler Kongress der Ersten Internationale Bakunin, Liebknecht, Greulich und ein Polizeispitzel im Café Spitz

Ist die Gründung von Gewerkschaften sinnvoll? 1869 debattierte die Crème de la crème der internationalen Arbeiterbewegung diese und andere Grundsatzfragen in Basel. Historiker Bernard Degen hat die Protokolle studiert.

MARIE-JOSÉE KUHN

work: Bernard Degen, warum soll uns der vierte Kongress der Ersten Internationale von 1869 heute noch interessieren?
Bernard Degen: Weil das damals eine enorm spannende und spannungsgeladene Zeit war, in der die internationale Arbeiterbewegung in weiten Teilen Europas erstmals mächtig auftrat.

Überliefert ist ein Bild. Darauf sehen wir lauter Männer und keine einzige Frau. Wie ist das möglich? In der internationalen Führung der Arbeiterbewegung gab's damals tatsächlich keine Frauen. Die kamen erst später, Rosa Luxemburg etwa, sie war damals noch gar nicht geboren. In den lokalen Spitzen der Bewegung hatte es aber schon Frauen. Das ist für diese Zeit ausserordentlich, denn Frauen waren damals eigentlich nur bei Themen geduldet, die aus Sicht der grossen Politik nicht so wichtig waren: Sozialfürsorge, Frieden oder Kampf gegen Alkoholismus.



Bernard Degen. FOTO: MJK

Die 59 Männer tragen alle Anzug, viele eine Fliege und einen Hut. Man hat sich also rausgeputzt? Ja, klar, für Veranstaltungen mit offiziellem Charakter zogen die Arbeiter immer ihr bestes Stück an. Zudem waren am Kongress nicht die bedürftigsten Hilfskräfte vertreten, sondern mehrheitlich qualifizierte Handwerker, aber auch Lehrer, Ärzte, Redaktoren und gar Kleinunternehmer.

Kamen auch Promis?

Sicher, der russische Anarchist Michail Bakunin etwa. Sein Grab befindet sich auf dem Berner Bremgartenfriedhof. Oder der deutsche Sozialist Wilhelm Liebknecht. Der hatte zusammen mit August Bebel in Eisenach gerade die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) gegründet, eine Vorläuferpartei der heutigen SPD. Und der Schweizer Karl Bürkli, der Gründer des Konsumvereins Zürich. Das ist die älteste Konsumgenossenschaft der Schweiz, sie wurde später von Coop übernommen. Prominent war auch der Neuenburger Anarchist James Guillaume, der später Akten und Erinnerungen zur Ersten Internationale herausgab. Und natürlich der damals blutjunge Herman Greulich, der aus Schlesien kommend nach Wanderjahren als Buchbindergehilfe schliesslich in Zürich gestrandet war. Greulich gründete später erste Gewerkschaften, die erste sozialdemo-



Wilhelm Liebknecht

kratische Partei der Schweiz und schaffte es sogar in den Nationalrat.

Und Greulich war für die Emanzipation der Frau. Auf dem Basler Kongress forderte er die Lohn-gleichheit für Frau und Mann. Sie haben das kürzlich publiziert...

...ja, es war das erste Mal, dass ein Vertreter einer schweizerischen Arbeiterorganisation diese Forderung stellte. Greulichs Votum ist leider nur schlecht überliefert. Klar sind aber zwei von ihm formulierte Postulate. Erstens: Es soll nicht versucht werden, Frauenarbeit zu verhindern. Und zweitens: Frauen sollen für die gleiche Arbeit wie die Männer Anspruch auf den gleichen Lohn haben.

Erstaunlicherweise nahmen am Kongress auch drei Basler Freisinnige teil? Wieso denn das?

Entgegen vielen Legenden war damals die Trennung zwischen den Linksfreisinnigen und der Arbeiterbewegung nicht so strikt. Denn der Freisinn war ja auch in Opposition und Auseinandersetzung mit den Konservativen, er suchte deshalb politische Bündnispartner.

FDP-Chefin Petra Gössli Vorfahren waren also richtige Umstürzler?

Ja, das war schliesslich noch vor der Bundesverfassung von 1874, da hatte sich der Freisinn noch nicht durchgesetzt.

Nur einer aber fehlte: Karl Marx. Wieso?

Der war nur an einem Kongress dabei gewesen, nämlich 1872 in Den Haag. Man darf sich die Erste Internationale nicht als Organisation von Karl Marx vorstellen, auch wenn das viele tun. Marx war wichtig, weil er viele ihrer Schriftstücke verfasste und so dafür

sorgte, dass sich die sozialistisch-marxistische Terminologie in der internationalen Arbeiterbewegung verbreitete, aber er war nicht ihr Führer.

Gab es damals schon Gewerkschaften?

Ja, vor allem in England. Sie bildeten den Kern der Ersten Internationale. Im Englischen gab es auch schon den modernen Gewerkschaftsbegriff «Trade Union». Auf französisch oder deutsch dagegen existierte das Wort «Gewerkschaft» noch gar nicht. Im Kongressprotokoll redeten sie von «société de résistance» oder von Gewerksgenossenschaften. Dazu muss man wissen, dass nicht alle in der Arbeiterbewegung Gewerkschaften auch für sinnvoll hielten.



Michail Bakunin

Warum hatte man sich ausgerechnet die Schweiz als Tagungsort ausgesucht?

Mehrere Kongresse der Ersten Internationale fanden in der Schweiz statt, der von 1866 in Genf und jener von 1867 in Lausanne. Ein Grund dafür war sicher ein praktischer: Die Schweiz liegt relativ zentral und war damals eisenbahntechnisch bereits erschlossen. Aber es gab auch politische Gründe: In vielen Ländern war die politische Polizei wesentlich stärker, und einige Delegierte hätten mit Verhaftungen rechnen müssen. Sie waren zum Teil ja politische Flüchtlinge. Die Basler Polizei schickte zwar auch einen Spitzel an den Kongress, doch sein Bericht ist vor allem zum Lachen. Er hatte offenbar vieles überhaupt nicht verstanden und berichtete etwa, Greulich habe nur unbedeutendes Zeug geredet. Greulich hat sich darüber später denn auch ausführlich mokiert.

Sie erwähnen den Eisenbahnbau, wir befinden uns mitten in der Industrialisierung.

Ja, es ist die Zeit der grossen Modernisierung, die Heimarbeit hat ihren Höhepunkt überschritten, und es entstehen zunehmend mehr Fabriken. Es wird auch gigantisch viel gebaut, Wohnhäuser, Fabrikhallen, Strassen usw. Die Leute ziehen in die Städte, es

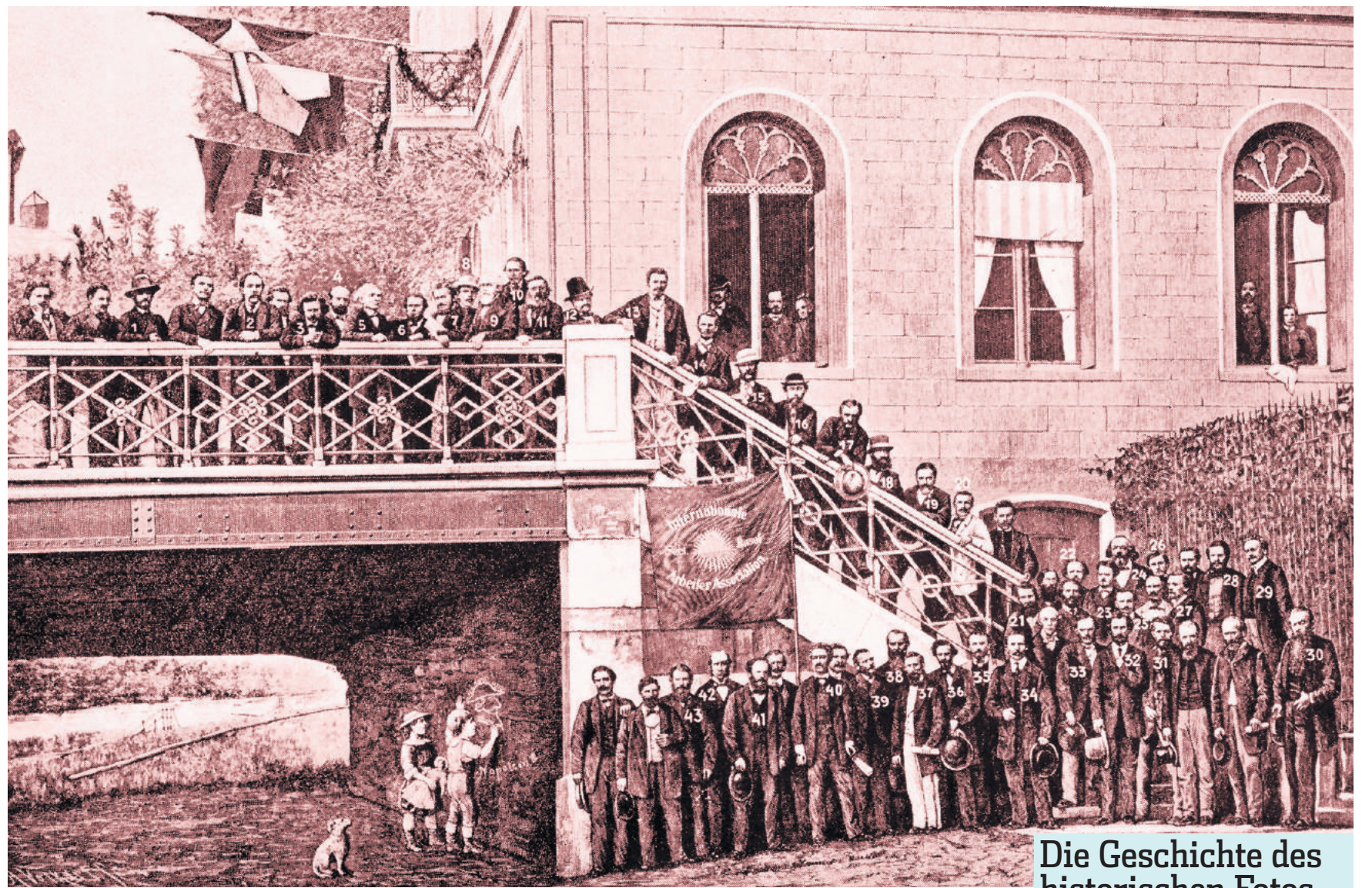
Der erste grosse Basler Streik brach aus, weil ein Unternehmer die Arbeiter nicht an die Herbstmesse gehen lassen wollte.

braucht viele Handwerker, und die sind schon relativ gut organisiert.

Eine Welle von Streiks erfasst 1868/69 auch die Schweiz. In Genf zum Beispiel im Baugewerbe und in Basel in der Seidenindustrie. Man fordert, dass die Fabrikanten die Handwerker oder Arbeiter endlich ernst nehmen, aber auch höhere Löhne und geregelte Arbeitszeiten. Der erste grosse Basler Streik etwa brach deshalb aus, weil ein Unternehmer die Arbeiter nicht an die Herbstmesse gehen lassen wollte. Sie war damals wichtig, weil man dort viele Sachen für den Haushalt einkaufen konnte, aber auch fürs Amusement. Die Streikenden gingen dann trotzdem hin.

Und wie war der Alltag der Arbeiterfamilien?

Hart und sehr prekär. Solange man Arbeit hat, kann man sich knapp über Wasser halten. Doch wenn etwa der Rohstoff in der Fabrik nicht eintrifft, was damals öfter passiert, macht die Fabrik einfach zu. Und die Arbeiter haben keinen Lohn. Oder wenn's im Winter schneit, kann man auch nicht



FOTOS: SCHWEIZ, SOZIALARCHIV (2), FÉLIX NADAR, PD

Die Geschichte des historischen Fotos

Das Foto wurde am letzten Kongress-tag aufgenommen. Es zeigt 59 von den insgesamt 78 Delegierten. Wilhelm Liebknecht und ein paar Kollegen gelang es ein Vierteljahrhundert später, ihrer 42 noch zu identifizieren. Seither kennen wir diese mit Namen. Das Kongressfoto erschien 1893 in der Zeitschrift «Der wahre Jakob» und 1909, anlässlich des 40-Jahre-Jubiläums, gross im Basler «Vorwärts». Gleichzeitig wurde es als Postkarte und Kunstdruck verkauft. Der Künstler, der die Druckvorlage machte, hat sich selber ein bisschen verwirklicht, indem er zu den Männern die zwei Kinder in der Unterführung hinzufügte.

bauen. Für die Arbeiter gibt es viele Verdienstunterbrüche und keine Absicherungen. Das Einkommen ist immer nur auf die reine Arbeitszeit bezogen, bei Unfall oder Krankheit gibt es kein Geld.

Waren denn diese Arbeits- und Lebensbedingungen auch Thema am Kongress?

Sicher, im Protokoll sieht man nämlich, dass für die Berichte aus den einzelnen Ländern und Orten viel Zeit reserviert war. Der Informationsaustausch ist zentral, alle erfahren, wo Kämpfe sind und wer die Probleme wie löst. Es entstehen Beziehungsnetze.

Aber es gab auch Debatten zu Grundsatzfragen, eben, ob die Gründung von Gewerkschaften sinnvoll sei oder ob man das Erbrecht abschaffen solle.

Hat man auch Beschlüsse gefasst?

Ja, aber keine verbindlichen. Man näherte sich einander vor allem sprachlich an, entwickelte eine gewisse linke Terminologie und vernetzte sich. Die Vorstellung von Kongressen mit international bindenden Beschlüssen setzte sich erst mit dem Leninismus durch.



Herman Greulich



DER FRAUENSTREIK MACHT KLAR: Es braucht endlich Lohngleichheit! FOTO: FRESHFOCUS

Neue Studie zeigt: Frauen verdienen schon beim Erwerbseinstieg weniger Diskriminiert, nur weil sie Frauen sind

Immer noch verdienen Frauen im Schnitt rund 20 Prozent weniger als Männer. Das hat nicht mit der Arbeitsteilung zu tun, sondern mit dem, was bei den Chefs in den Köpfen ist.

CHRISTIAN EGG

4335 Franken im Monat oder weniger für eine Vollzeitstelle: Das ist in der Schweiz ein Tieflohn. Sagt das Bundesamt für Statistik. Und es sagt auch: Vor allem Frauen müssen zu Tieflohnen chrampfen. Jede sechste Frau in der Schweiz muss mit einem Tieflohn auskommen. Der kaum zum Leben reicht. Und immer noch verdienen die Frauen rund 20 Prozent weniger als die Männer. Das zeigen Berechnungen des Büros BASS für arbeits und sozialpolitische Studien (rebrand.ly/luxusferien). Pro Jahr macht das für jede erwerbstätige Frau im Schnitt minus 7800 Franken aus.

«Jaaa, aber», sagen jetzt diejenigen, die nichts von Lohndiskriminierung wissen wollen. «Jaaa, aber Frauen bekommen Kinder, arbeiten dann Teilzeit, haben darum weniger Erfahrung als Männer und steigen deshalb im Beruf weniger auf.» Kurz: Das Kinderkriegen sei der Grund für den Lohnunterschied und nicht die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts. Das ist falsch, zeigt jetzt eine neue und brisante Studie: Frauen erhalten bereits beim Einstieg in den Arbeitsmarkt generell tiefere Löhne.

DISKRIMINIERUNG VON ANFANG AN Die Soziologin Benita Combet von der Uni München und ihr Kollege Daniel Oesch, Professor an der Uni Lausanne, haben die Daten von knapp 4800 Schweizerinnen und Schweizern ausgewertet. Alle waren zwischen 20 und 30 Jahre alt und hatten keine Kinder.

Um nicht Äpfel und Birnen zu vergleichen, berücksichtigten Combet und Oesch Unterschiede in der Ausbildung, der Berufserfahrung oder der Branche. Und stellten fest: Bereits in dieser frühen Phase des Berufslebens liegen die Frauenlöhne um

4,8 Prozent unter den Männerlöhnen. Macht pro Jahr einen halben Monatslohn. Oder zum Beispiel im Detailhandel: Ein Mann verdient 4072 Franken pro Monat, eine Frau 3851. Wohlgemerkt: Beide haben anderthalb Jahre Berufserfahrung, beide arbeiten in einem mittelgrossen Unternehmen im Kanton Zürich. Combet und Oesch schreiben Klartext: «Wer einzig Kindern und der Familie die Schuld an der Lohnungleichheit gibt, macht es sich zu einfach.» Woran liegt's dann?

IM KOPF DER CHEFS Combet und Oesch sagen: an den Köpfen. Und zwar an den Köpfen der Chefinnen und Chefs und Personalverantwortlichen. In der Schweiz gelte immer noch eine «soziale Norm», die den Männern auf dem Arbeitsmarkt Vorrang einräumt. So zeigen Experimente, dass einem Mann systematisch höhere Löhne angeboten werden als einer Frau, obwohl beide, abgesehen vom Geschlecht, identisch sind.

Das komme nicht von ungefähr, so Combet und Oesch: «Erst 1988 ist die Bestimmung aus dem schweizerischen Eherecht verschwunden, wonach der Mann «für den Unterhalt von Weib und Kind» zu sorgen habe. Wer also vor den 1990er Jahren geboren wurde, sei in einem Umfeld aufgewachsen, das den Mann offiziell zum Hauptverdiener erklärte.

Mit dieser «skandalösen Lohndiskriminierung» der Frauen muss jetzt definitiv Schluss sein, sagt Unia-Chefin Vania Alleva zum Auftakt der Lohnverhandlungen 2019. Und fordert neben den 2 Prozent mehr Lohn für alle zusätzlich noch 50 Franken mehr für die Frauen pro Monat. Alleva: «Jetzt muss endlich Frauenzahltag sein!»

Link zur Studie: rebrand.ly/lohnstudie

Lohnherbst: Das fordert die Unia

Alle Branchen: Mindestens 2% mehr für alle und zusätzlich mindestens 50 Franken mehr pro Monat für Frauen.
Ausbaugeber: +2% und Erhöhung der Mindestlöhne um 2%.
Detailhandel: +2% generell.
Coop: +2% für alle, eine Lohnanalyse und einen transparenten Masterplan mit den nötigen zusätzlichen Mitteln, um die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen abzuschaften.
Tankstellenshops: +150 Franken für alle Mindestlöhne

und Einführung eines Mindestlohns im Tessin.
Coiffeurgewerbe: stufenweise Einführung eines 13. Monatslohns.
Gastgewerbe: +2% auf alle Mindestlöhne.
Lebens- und Genussmittelindustrie (LGM) sowie Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM): +120 Franken oder +2% und 200 Franken für alle Frauen mit weniger als 4000 Franken Monatslohn.
Chemie- und Pharmaindustrie: Generell 120 Franken (x 13)

oder 2% generell; zusätzliche Lohnerhöhung für Frauen von 200 Franken (x 13); Erhöhung der Löhne der Lernenden um 100 Franken (x 13).
Landesmantelvertrag (LMV) Bau: 80 Franken generell auf Mindest- und Effektivlöhne (bereits verhandelt).
Gleisbau: 80 Franken generell auf Mindest- und Effektivlöhne (bereits verhandelt).
Reinigung Deutschschweiz: +2 bis 3,4% auf die Mindestlöhne, je nach Lohnkategorie (bereits verhandelt).

Gewerkschaften fordern 2 Prozent mehr Lohn und zusätzlich 50 Franken pro Monat für die Frauen Jetzt müssen endlich die Löhne rauf!



Rekord-Dividenden und Millionen-Saläre für die oben, sinkende Reallöhne für den Rest. Zugleich steigende Arbeitsproduktivität und eine solide Konjunktur: Das ist die Ausgangslage für den Lohnherbst 2019.

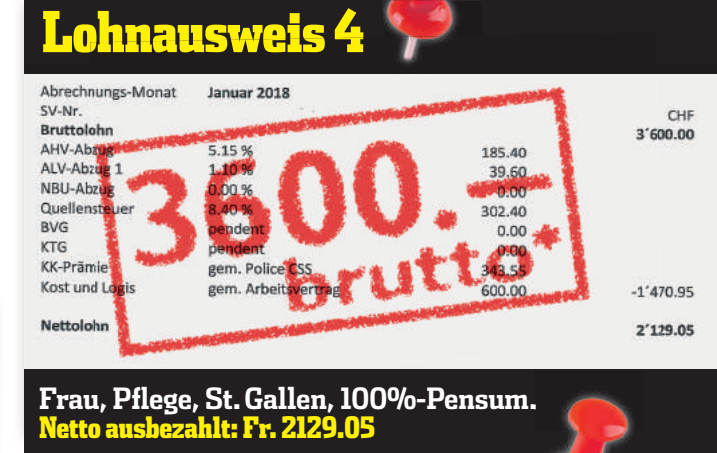
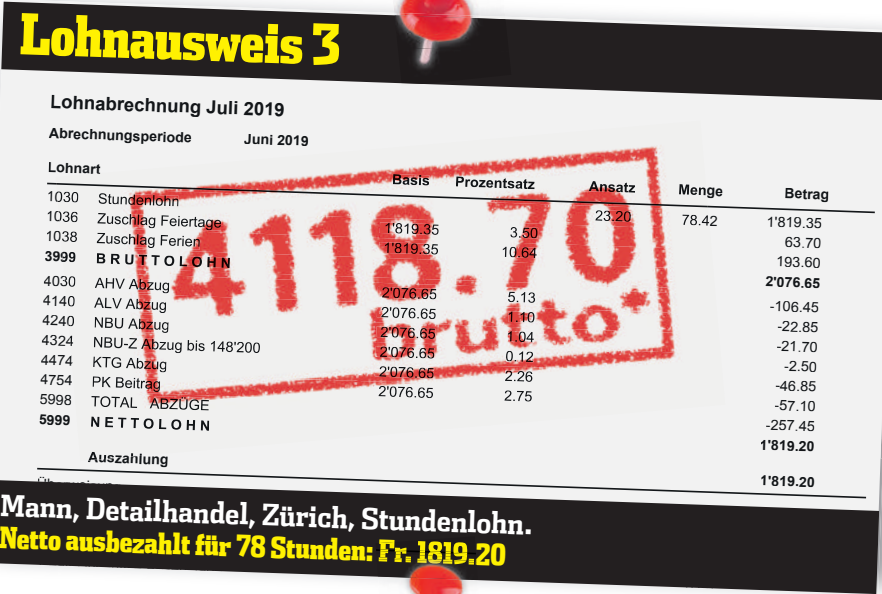
JONAS KOMPOSCH

Normalerweise lassen Wirtschaftsverbände und Arbeitgeber keine Gelegenheit aus, euphorische Loblieder auf den Schweizer Wirtschaftsstandort zu singen: «Innovation! Wachstum! Chancen!» tönt es jeweils in den schönsten Klängen. Doch immer gegen Ende Sommer ist das ganz anders. Dann nämlich steht der Lohnherbst vor der Tür, und bei den Arbeitgebern dominiert das Klagelied. Düstere Töne künden plötzlich von schlechten Prognosen und globalen Unsicherheiten. Adressatinnen und Adressaten dieses Katzenjammers sind die Lohnabhängigen und die Gewerkschaften. Diese sollen gar nicht erst auf die Idee kommen, Lohnerhöhungen einzufordern, die diesen Namen tatsächlich verdienen.

WIRTSCHAFT BRUMMT

Das ist auch in diesem Jahr so: Bereits Anfang August, noch bevor irgendeine Gewerkschaft ihren Forderungskatalog präsentiert hatte, vermeldete der Schweizerische Arbeitgeberverband: Die «höhen Forderungen von Gewerkschaftsseite» würden «den wirtschaftlichen Gegebenheiten nur unzureichend gerecht».

Fakt ist: Die Schweizer Wirtschaft brummt. Und zwar laut. Das zeigt etwa das erneute Wachstum des



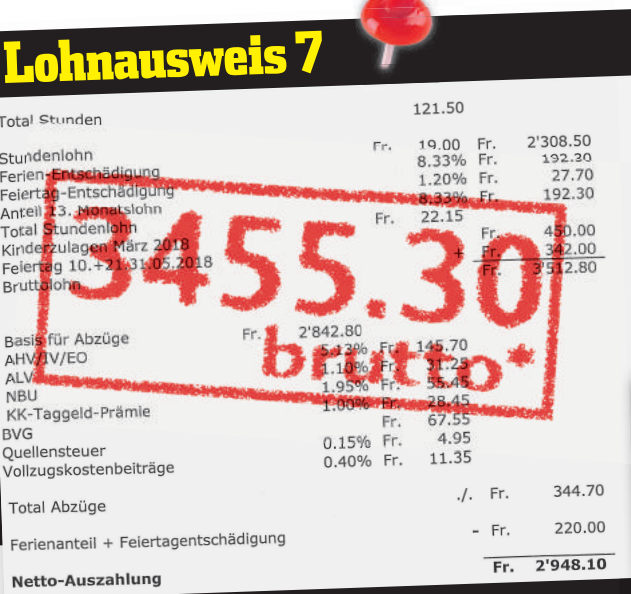
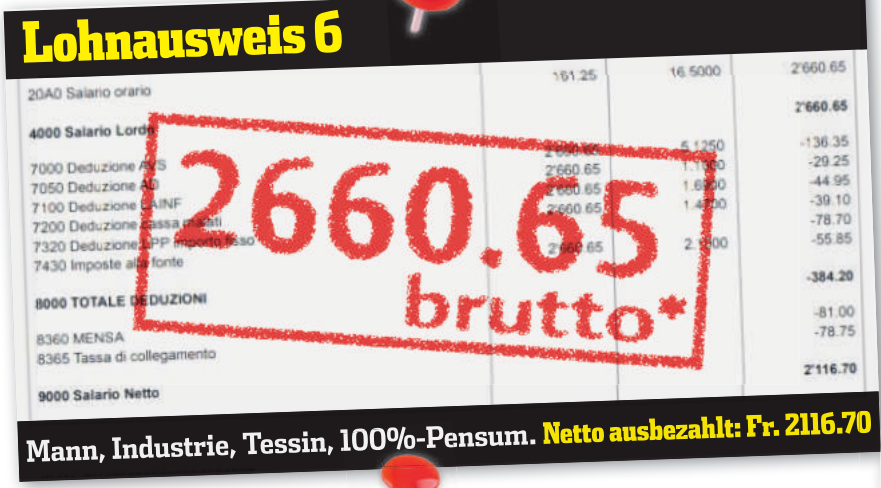
Bruttoinlandprodukts (BIP). Von satten 2,6 Prozent Zuwachs im Jahr 2018 ging das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) ursprünglich aus. Doch jetzt zeigt die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung vom Bundesamt für Statistik (BFS): Das BIP wuchs sogar um 2,8 Prozent – der höchste Wert seit 2010. Besonders kräftig zulegen konnte die Finanz- und Baubranche, die Chemie- und Pharmaindustrie, die Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie Uhren. Auch die Exporte von Waren und ganz besonders von Dienstleistungen sind erneut stark angestiegen. Daniel Lampart, Chefökonom beim Gewerkschaftsbund, sagt: «Die Schweizer Konjunktur ist besser als oft darge-

Jede dreizehnte vollzeitig erwerbstätige Person verdient monatlich weniger als 4335 Franken.

stellt. Die Geschäftslage ist in nahezu allen Branchen gut oder zumindest befriedigend. Und die Industrie-firmen rechnen für die kommenden Monate wieder mit leicht anziehenden Exporten.» Das zeigten die jüngsten Unternehmensumfragen der Konjunkturforschungsstelle der ETH.

Nach den vergangenen, etwas mageren Jahren nun also bessere Zeiten. Das hat seinen Grund: Gemäss BFS: In der reichen Schweiz wächst die Armut – und zwar massiv. Von 2014 bis 2017 stieg die Armenquote um volle 20 Prozent. Heute ist bereits jede zwölfte Person arm, muss also mit weniger als 2259 Franken im Monat zurechtkommen. Und: Unter den 615'000 Schweizer Armen sind 108'000 noch Kinder.

ARMUT WÄCHST Und längst garantiert auch Arbeit keine Existenzsicherung mehr. Zwar sind in der Schweiz die tiefen Löhne in den letzten zehn Jahren angestiegen. Vor allem dank den Gewerkschaften. Die offensive GAV-Politik und die Mindestlohnkampagnen haben sich für die Berufstätigen in den Betrieben auszbezahlt. Und die flankierenden Massnahmen zur Personen-freizügigkeit (Flam) sicherten die Löhne gegen Missbräuge ab. Dennoch sind heute 4,3 Prozent aller Erwerbstätigen (165'000 Personen) trotz Arbeit arm – auch das eine Zahl, die seit 2014 ansteigt. Im Gastgewerbe etwa gelten bereits 11,3 Prozent der Beschäf-



*Hochgerechnet auf ein 100-Prozent-Pensum.



schnitts-CEO der untersuchten Firmen kassierte demnach monatlich 388'000 Franken und obendrauf noch einen Dreizehnten. Zusammen zahlten sich die Geschäftsleitungsmitglieder der 36 Konzerne ein Jahresarral von fast einer Milliarde Franken. Die Hände reiben konnten sich auch die Aktionärinnen und Aktionäre schweizerischer Unternehmen. Wie der «Beobachter» kürzlich vorrechnete, kassierten

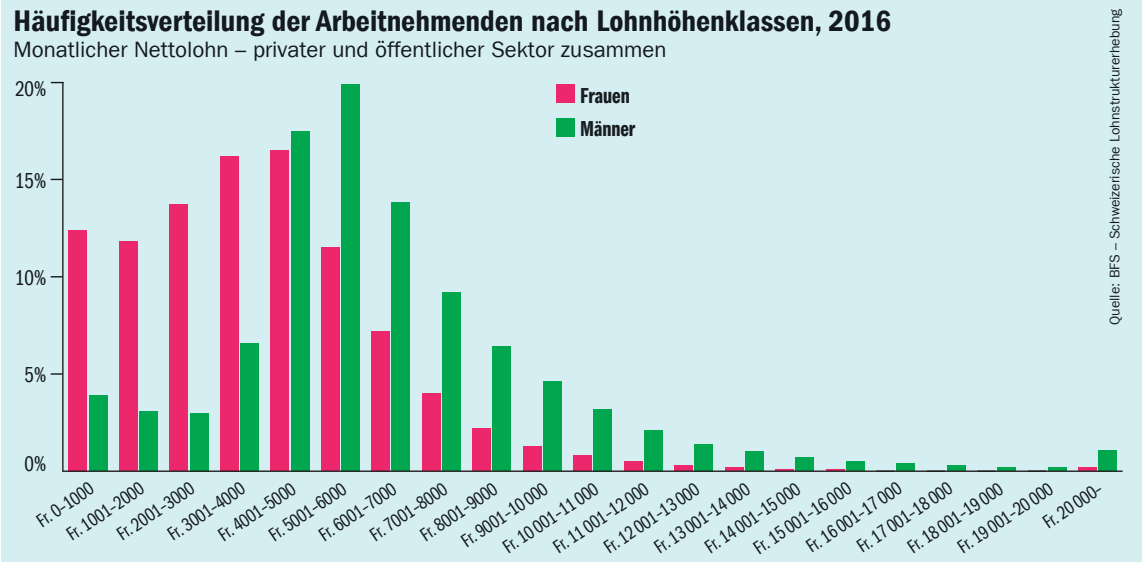
«Wenn sich jetzt nichts bewegt, wird der Zorn wachsen.»

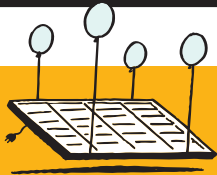
SGB-CHEF PIERRE-YVES MAILLARD

diese im Jahr 2017 zusammen 190 Milliarden Franken. Noch nie waren die Ausschüttungen für Aktienbesitzer so hoch. Im Extremfall sieht das wie folgt aus: Bei Blochers Ems-Chemie erhielten die Aktionäre im letzten Jahr 432 Millionen Franken ausbezahlt. Demgegenüber betrug der gesamte Personal-

aufwand des Konzerns nur 244 Millionen. Damit hat die Familie Blocher, die 70 Prozent der Aktien besitzt, 57,6 Millionen Franken mehr eingenommen, als alle 3075 Mitarbeitenden zusammen verdienen.

Sämtliche dieser Tatsachen sind mehr als bloss «wirtschaftliche Gegebenheiten», wie das der Arbeitgeberverband suggeriert. Sie sind überwiegend das Resultat bewusst gefällter politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen. Was aber bedeutet das für den bevorstehenden Lohnherbst? Für Unia-Chefin Vania Alleva ist klar: «Die Zeit der Nullrunden ist vorbei. Wir starten in die Lohnoffensive!» Konkret fordert die Unia eine generelle Lohnerhöhung von 2 Prozent und für die Frauen zudem einen Zuschlag von monatlich 50 Franken. Was aber, wenn die Unternehmen weiterhin auf stur schalten? SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard sagt es so: «Wenn sich jetzt nichts bewegt, wird der Zorn wachsen, speziell bei den Frauen.»





Alpenwüste: Die Sonne ist ein Geschenk des Himmels

Die Schweiz ist viel sonniger als Deutschland oder Österreich. Aber sie nutzt diesen Standortvorteil bisher zu wenig. Zwar tüftelt die ETH an solartechnischen Neuerungen. Doch inzwischen überholt uns selbst der Wüstenstaat Dubai bei den erneuerbaren Energien.

Der Solarstrahlungsatlas des deutschen Solarmagazins Photon vergleicht die Sonneneinstrahlung in Deutschland, in Österreich und in der Schweiz. Während des Monats Juli 2019. Einmal mehr belegen die wissenschaftlich erhobenen Daten: Wir haben über alles gesehen viel bessere Voraussetzungen als die anderen deutschsprachigen Regionen in Europa. Das ist ein sonniges Geschenk des Himmels, das wir bisher nicht nutzen.

MARSHALLPLAN. Der Wiederaufbauplan Europas nach dem Zweiten Weltkrieg, Marshallplan genannt, war ein anti-kommunistischer Bluff der USA. Viel Geld floss nicht. Und das wenige Geld, das floss, war an politische Auflagen gebunden: In Italien etwa durfte die Kommunistische Partei (KPI) nicht mitregieren. Die SP fordert heute einen klimapolitischen Marshallplan für die Schweiz. Die Wortwahl ist alles, aber nicht eben geglückt. Einen nicht imperialen Marshallplan müssten wir eher für Nordafrika entwickeln. Hier sind die Voraussetzungen, hier ist die Sonneneinstrahlung noch besser als im Wallis, in Uri und

im Tessin. Und dies im Sommer wie im Winter und somit ganzjährig. Doch zurück in die Schweiz.

TÜFTLER. Die ETH Zürich macht uns immer mehr Freude. Sie entwickelt zusammen mit Start-ups unter anderen zwei Schlüsseltechnologien. ● Professor Aldo Steinfeld hat zusammen mit jungen Forscherinnen ein Verfahren entwickelt, dank dem man mit Sonnenenergie und Luft sowohl Heizöl wie Kerosin produzieren kann. Die erste Testanlage läuft auf einem Dach der ETH in Zürich. Die zweite Testanlage geht in Spanien in Betrieb. Das Ziel der optimistischen Forscher: klimaneutrales Kerosin oder Heizöl für einen Franken pro Liter zu produzieren. Das Verfahren braucht grosse Flächen. Die haben wir in der Schweiz – im Gegensatz zu Nordafrika – nicht. Spielt keine Rolle, denn synthetisches Heizöl lässt sich gleich problemlos transportieren und lagern wie fossiles Heizöl. ● Das Unternehmen Insolight will jetzt mit unseren beiden technischen Hochschulen Solarzellen entwickeln, die mehr als 30 Prozent der Sonneneinstrahlung in Strom umwandeln. Dies vorab dank kleinen Konzentratoren, die dem Gang der Sonne folgen,



SOLARPARK IN DUBAI: Das 5000-Megawatt-Projekt ist das weltweit grösste seiner Art. FOTO: REUTERS

ihr Licht einfangen und fokussiert auf den Punkt bringen. Die Grössenordnungen sind atemberaubend: An guten Lagen in den Alpen haben wir pro Jahr 2000 Kilowattstunden Sonneneinstrahlung. Mit der Insolight-Technologie sollen wir davon 600 Kilowattstunden in Strom umwandeln können. Dies entspricht in Heizöl umgerechnet einem 120-Liter-Fass pro Quadratmeter. **DUBAI.** Selbst im Nahen Osten bewegt sich einiges. Israel beginnt mit dem Einstieg in erneuerbare Energien. Und in Dubai entsteht ein 5000-Megawatt-

Solkraftwerk, das grösste der Welt. Die Kosten pro Kilowattstunde Strom sinken auf 2 Rappen. Die faulen, da zu reichen Scheichs in ihren Pluderröcken wollen uns neu dank erneuerbarer Energie weiter melken. Die Kraftwerke werden wie die Fussballstadien Wanderarbeiter aus armen Ländern bauen. Al Jaber, der CEO der Abu Dhabi National Oil Company, bringt das Problem auf den Punkt: «Welch besseres Investment kann man mit seinen Öleinnahmen machen, als sie in Fortschritt bei erneuerbarer Energie zu investieren?»

LINKS ZUM THEMA:

● www.rebrand.ly/insolight
Die EU fördert die Schweizer Insolight-Technologie. Ausgerechnet die EU. Das Ziel: die Produktion von Solarzellen dank technischem Vorsprung wieder nach Europa zurückverlagern.

● www.rebrand.ly/ethkerosin
Eine kommerzielle Anlage muss 100 Mal grösser sein als die jetzt in Spanien in Betrieb genommene. Die Effizienz muss erhöht und die Kosten müssen gesenkt werden. Damit wir dank der ETH klimaneutrales Heizöl und Kerosin zum Preis von 1 Franken erhalten. Vielleicht und hoffentlich zugleich.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERATE



04:10

Ihre Zimmergenossen schnarchen um die Wette.

Genau jetzt

steht fest: ein eigenes Zimmer hätte seine Vorteile.

H-Bonus

Flexible Wahl des Spitalkomforts

Gesundheit®

Leben®

Vermögen®

Unternehmen®

Groupe Mutuel
Assurances
Versicherungen
Assicurazioni
Versichert. Genau jetzt.

MOVENDO

Movendo ist das Bildungsinstitut der Verbände des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Für die Weiterentwicklung unseres Bildungsprogramms suchen wir per 1. Juni 2020 oder nach Vereinbarung

zwei AusbildungsleiterInnen (je 80%, D oder F)

Als Mitglied eines Teams tragen Sie die fachliche Verantwortung für einen Teil unseres Gesamtprogramms. Sie verfügen über einen Hochschulabschluss (FH/Uni) oder eine gleichwertige Ausbildung sowie ausgewiesene Erfahrungen in der Weiterbildung.

Bewerbungsfrist: 31.10.2019. Die vollständige Ausschreibung finden Sie auf www.movendo.ch.

Erweitern Sie den Kreis Ihrer Angehörigen um eine Familie in Afrika.

Wir beraten Sie gerne zu Ihrer Erbschaft:
www.helvetas.org/testament

HELVETAS



ARBEITER-MALER: Mario Comensoli malte die Immigrantinnen und Immigranten aus Italien in den 1950er Jahren.

FOTO: ZVG

Ausstellung: «Comensolis Solidarität mit den Gewerkschaften»

Er malte immer gegen den Strom

Mario Comensoli war Maler und Chronist der Aussenseiter in der Schweiz: der Saisoniers aus Italien, der 68er oder der Punks.

MICHAEL STÖTZEL

Was ist das, ein politischer Maler? Den Tessiner Mario Comensoli kann man nur so bezeichnen. Aufgrund seiner Themen, seiner ständigen Versuche, sich den Zeitproblemen zu stellen, den Zeitgeist in seinen Bildern einzufangen und, klar, aufgrund seiner Freundschaft mit Linken, seiner Verbundenheit zu Gewerkschaftern. Die in diesen Tagen eröffnete neue Ausstellung der Stiftung Comensoli wählte als Motto einen Ausspruch Ezio Canonicas, des ehemaligen Präsidenten des Bau- und Holzarbeiterverbandes (eines Vorläufers der Unia) und des Gewerkschaftsbundes: «Sich vereint fühlen und zusammen kämpfen ist schön.»

DER POLITISCHE MALER

Nur: War es auch sein Anspruch, ein politischer Maler zu sein? Guido Magnaguagno ist Kunstkritiker, früherer Museumsdirektor in Zürich und Basel und Stiftungsrat der Comensoli-Stiftung. Er erzählt, Comensoli habe ihm einmal erklärt, dass er mit Politik «nichts zu tun» habe. Magnaguagno hält das allerdings für eine Schutzbehauptung, eine Reaktion auf Lob einerseits, heftige Kritik von links und

rechts andererseits, die er nach seiner ersten grossen Einzelausstellung erlebte. Und die dem offenbar höchst dünnhäutigen Mann sehr zusetzte.

DAS ENDE DER LEHRZEIT

Im Frühjahr 1953 stellte der damals 31jährige im Zürcher Helmhaus eine Serie grossformatiger Bilder aus, die noch ganz in der Tradition seiner Lehrjahre in Paris standen. Dort liess er sich von Picasso und den Postkubisten zu Bildern inspirieren, die die NZZ in einer überaus freundlichen Ausstellungsbesprechung als «kühn dahinströmendes

Comensoli gelang eine neue Bestimmung linker realistischer Malerei.

und daherzappelndes Lebensgewimmel» beschrieb. Comensoli erhielt einerseits den Ruf, «Vertreter einer neuen, weltoffenen, mit internationalen Tendenzen verbundenen Kunst zu sein». Andererseits erinnert sich Magnaguagno, dass Comensoli damals als Kommunist beschimpft wurde, keine ganz ungefährliche Bezeichnung in den Tagen nach Stalins Tod. Und schliesslich meldeten sich auch noch frühere Malerfreunde aus Paris und taten ihn als üblen Plagiator ab.

Ob nun als Reaktion auf gutbürgerliche Vereinnahmungsversuche, die künstlerische Kritik ehemaliger Weggefährten, die politische Brandmarkung oder aufgrund eigener Überlegungen, jedenfalls schloss Comensoli zu dieser Zeit seine bisherigen französischen Lehrjahre abrupt ab. Es folgte die Serie realistischer Bilder italienischer Immi-

grantinnen und Immigranten, seine besten Arbeiten, meint Kunstkritiker Magnaguagno. Gross, wuchtig, in erdigen Farben, oft vor blauem Hintergrund, malte er viele enge Freunde und Bekannte, und normalerweise nicht bei ihrer Arbeit, sondern in ihrer Freizeit, bei der Erholung. Comensolis Programm wurde also der berühmte Ausspruch von Max Frisch: «Wir riefen Arbeiter, und es kamen Menschen.» Damit gelang ihm auch nicht weniger als eine neue Bestimmung linker realistischer Malerei, die dank der Staatskunst Osteuropas aufs schrecklichste diskreditiert war. Und die Porträtierten verstanden ihn gut und mochten ihn, sie störten sich nicht einmal daran, von ihrem Freund beim Schneiden ihrer Fussnägel gemalt zu werden.

In dieser Phase entstand auch Comensolis Beliebtheit in den Gewerkschaften, seine Bilder hingen in ihren Häusern und den von ihnen besuchten Lokalen. Und nicht zuletzt aus finanziellen Gründen, das ergänzt Ex-Unia-Präsident Renzo Ambrosetti, gaben sie dem Maler regelmässige Aufträge, etwa zur Gestaltung der 1.-Mai-Zeitungen im Tessin.

FAST GEHETZT

Eher ein «Auf und Ab» (Magnaguagno) waren die Bilder, die ab Mitte der 1960er Jahre entstanden. Fast schon gehetzt schien er die Aktualität des Aussenseiterseins in der Konsumgesellschaft festhalten zu wollen: die 68er, die Punks, die (ein wenig) befreite Sexualität der Frauen, schliesslich die Süchtigen. Stets solidarisch, teilweise schon etwas bemüht, vielleicht fähig und zu

Mario Comensoli

Mario Pasquale Comensoli wurde am 15. April 1922 in Lugano geboren. Die Familie Comensoli war am Ende des Ersten Weltkriegs aus der Toscana ins Tessin ausgewandert. Gegen Ende des Geburtsjahres von Mario Comensoli starb seine Mutter, und sein Vater brachte ihn in die Krippe Misericordia in Lugano, wo zahlreiche Waisenkinder untergebracht waren. Die dort arbeitenden, aus Cesena in der Emilia-Romagna stammenden Schwestern Palma und Giovanna Ghiraldi nahmen sich des kleinen Mario an.

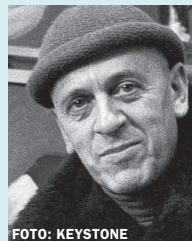


FOTO: KEYSTONE

GELEGENHEITSARBEITEN. 1937 kehrten die beiden Schwestern nach Italien zurück. Die Familie seines 13 Jahre älteren Bruders Francesco, eines überzeugten Kommunisten, der als Taxichauffeur arbeitete, nahm ihn auf. Nach Beendigung der obligaten Schulzeit lebte Comensoli von Gelegenheitsarbeiten. Gleichzeitig begann er zu zeichnen und zu malen. Comensoli starb 1993. (ms)

schnell gemalt. Und mit erkennbarer Ratlosigkeit, einem gewissen Unverständnis gegenüber seinen Protagonisten. Aber das gehörte ja zum Kern der Bewegtheiten selbst, die einander in rasendem Tempo ablösten.

Comensolis Solidarität mit den Gewerkschaften. Ausstellung der Comensoli-Stiftung im Centro Comensoli, Zürich. Eröffnung: 19. September, 19 Uhr. Geöffnet am ersten und letzten Samstag jeden Monats von 11 bis 16 Uhr bis Frühjahr 2020. Weitere Informationen: www.comensoli.ch

Soziales Europa Wie weiter?

Die Schweizer Gewerkschaften sind nicht bereit, einem EU-Rahmenabkommen zuzustimmen, das den Lohnschutz schwächt. Arbeitgeber behaupten, dass sie deshalb ein Bremsklotz für die Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz – EU seien. Doch was denken eigentlich die europäischen Gewerkschaften? Wie hängen das Rahmenabkommen und die SVP-Kündigungsinitiative zusammen? Diese Initiative ist ein Angriff auf die Personenfreizügigkeit und die flankierenden Massnahmen. Wie können wir sie bachab schicken? Diesen Fragen stellt sich das linke Denknetz. Ein Diskussionsabend mit SP-Ständerat Paul Rechsteiner, Christa Suter, Ex-Unia-Sekretärin und Zuständige für den Vollzug der flankierenden Massnahmen im Kanton Zürich, sowie Katrin Distler vom DGB-Büro für Interregionale Europapolitik.

Veranstaltung: **Rahmenabkommen Schweiz – EU: Wie weiter für ein soziales Europa?** 23. September, 20 Uhr, Kosmos, Lagerstrasse 104, Zürich.

Gewiefte Französinnen

Gegen das System

Dieser Film bringt die Kinos zum Beben! Er zeigt den Überlebenskampf der «Unsichtbaren» – einer Gruppe quirliger Aussenseiterinnen in Frankreich, allesamt arbeitslos und ohne feste Bleibe. Aber auch wild entschlossen, ihren Humor zu bewahren und wieder festen Boden



FOTO: PD

unter den Füßen zu gewinnen. Betreut werden sie dabei von zwei Sozialarbeiterinnen, die selber vor dem Ungewissen stehen. Denn ihre Institution wird wegrationalisiert. Nur drei Monate bleiben, um die «Unsichtbaren» wieder ins Arbeitsleben einzugliedern. Nun verbünden sich Sozios und Arbeitslose, um zusammen das System Macron auszutricksen. Ein urkomischer und zugleich realitätsnaher Film, der im Frankreich der Gilets jaunes Furore gemacht hat.

Les invisibles – Der Glanz der Unsichtbaren, Frankreich 2018, 102 Minuten, Regie: Louis-Julien Petit. Jetzt im Kino.

Korea-Comedy-Thriller

Familie Kim kämpft

Was tun, wenn die ganze Familie ohne Arbeit ist und in einem feuchten Keller haust? Im südkoreanischen Film «Parasite» ist die Familie Kim täglich mit dieser Frage konfrontiert. Bis es dem Sohn gelingt, bei der schwerreichen Familie Ki-taek als Privatlehrer anzuheuern. Bald eröffnen sich ungeahnte Perspektiven für die Kims. Und auch die Ki-taeks profitieren. Doch die Symbiose ist von kurzer Dauer, denn die Kims sind nicht die einzigen, die ums Überleben kämpfen. Eine unkontrollierbare Verkettung von Ereignissen nimmt ihren schockierenden Lauf. Mit seiner rabenschwarzen Tragikomödie fühlt der gefeierte Regisseur Bong Joon Ho nicht nur der koreanischen Klassengesellschaft auf den Zahn, sondern stellt auch die heikle Frage, was eigentlich ein Parasit sei.

Parasite – Finde den Eindringling, Südkorea 2019, 132 Minuten, Regie: Bong Joon Ho. Jetzt im Kino.



Myriam Muff
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Familienzulagen: Wie verhält es sich mit Teilzeitstellen?

Ich bin frisch geschieden. Unsere acht-jährige Tochter wird bei mir leben. Deshalb sollte ich zukünftig die Familienzulagen erhalten. Kürzlich habe ich jedoch gehört, dass es für den Erhalt von Familienzulagen eine Mindesteinkommensgrenze gebe, die etwas über 500 Franken pro Monat betrage. Ich habe mehrere, zwar regelmässige, aber kleine Teilzeitstellen bei verschiedenen Firmen. Bei den jeweiligen Firmen verdiene ich nur knapp 500 Franken. Erhalte ich trotzdem Familienzulagen?

MYRIAM MUFF: Ja. Gemäss dem Bundesgesetz über die Familienzulagen hat Anspruch auf Familienzulagen, wer mindestens für den halben jährlichen Betrag der minimalen vollen Altersrente AHV-Beiträge bezahlt. Die minimale



ZULAGE: Auch wer mehrere Mini-Jobs hat, bekommt die Familienzulage.

FOTO: ISTOCK

volle Altersrente der AHV beträgt zurzeit 14 220 Franken. Die Hälfte davon sind 7110 Franken, also 592.50 Franken pro Monat. Ist eine Person bei mehreren Arbeitgebern beschäftigt, werden die Einkommen zusammengezählt. Wenn Sie sagen, dass Sie mehrere regelmässige Teilzeitstellen hätten, bei denen Sie jeweils knapp 500 Franken verdienen, kommen Sie sicher über die Anspruchsgrenze von 7110 pro Jahr hinaus und erhalten damit eine (ganze) Familienzulage. Ihre Höhe variiert je nach Kanton. Sie muss jedoch bis zum 16. Geburtstag des Kindes mindestens 200 Franken pro Monat betragen (Kinderzulage) und ab dem 16. Geburtstag mindestens 250 Franken (Ausbildungszulage).

Kündigungsfrist in der Probezeit: Wie lange dauert sie?

Ich habe im Sommer eine neue Stelle angenommen und noch in der Probezeit die Kündigung erhalten. Und zwar mit einer Kündigungsfrist von nur einem Tag. Im Arbeitsvertrag steht unter Probezeit nur, dass diese drei Monate dauere. Von einer Kündigungsfrist steht nichts. Ich habe immer gemeint, die Kündigungsfrist in der Probezeit betrage sieben Tage. Mein Chef meinte aber, dass das Gesetz diesbezüglich nicht zwingend sei und er mir beim Anstellungsgespräch gesagt habe, dass die Kündigungsfrist in der Probezeit nur einen Tag betrage. Ist das rechtens?

MYRIAM MUFF: Nein. Das Gesetz hält als Grundsatz fest, dass als Probezeit der erste Monat gilt und die Kündigungsfrist sieben Tage beträgt. Es erlaubt jedoch durch schriftliche Vereinbarung Abweichungen, beispielsweise mit schriftlichem Arbeitsvertrag oder auch durch einen Gesamtarbeitsvertrag. Da in Ihrem Arbeitsvertrag die von Ihrem Chef behauptete Kündigungsfrist von einem Tag nicht erwähnt ist und es darüber auch sonst keine schriftliche Vereinbarung gibt, gilt die siebentägige Kündigungsfrist. Was die Dauer der Probezeit anbelangt, so ist die im schriftlichen Arbeitsvertrag festgehaltene Dauer von drei Monaten zulässig. Dabei handelt es sich übrigens um die nach Obligationenrecht maximal zulässige Dauer.

Krankenkasse: So senken Sie Ihre Prämie in der Grundversicherung

Bei Prämien-schmerzen hilft

Die Sparmodelle der Krankenkassen werden immer beliebter. Zwar sind sie mit Einschränkungen in der Arztwahl verbunden. Dafür sinken die Prämien – um 5 bis 25 Prozent, je nach Modell und Kasse.

MARTIN JAKOB

«Diese Schmerzen im Kreuz», seufzt Lisa, «die wollen einfach nicht abklingen.» Und nachdem auch das Schmieren und Salben nicht geholfen hat, will Lisa jetzt zu ihrer Hausärztin. Oder soll es der Chiropraktiker sein? Der Neurologe? Kollege Bruno empfiehlt Lisa seine Orthopädin: «Die hat mir tiptopp geholfen.»

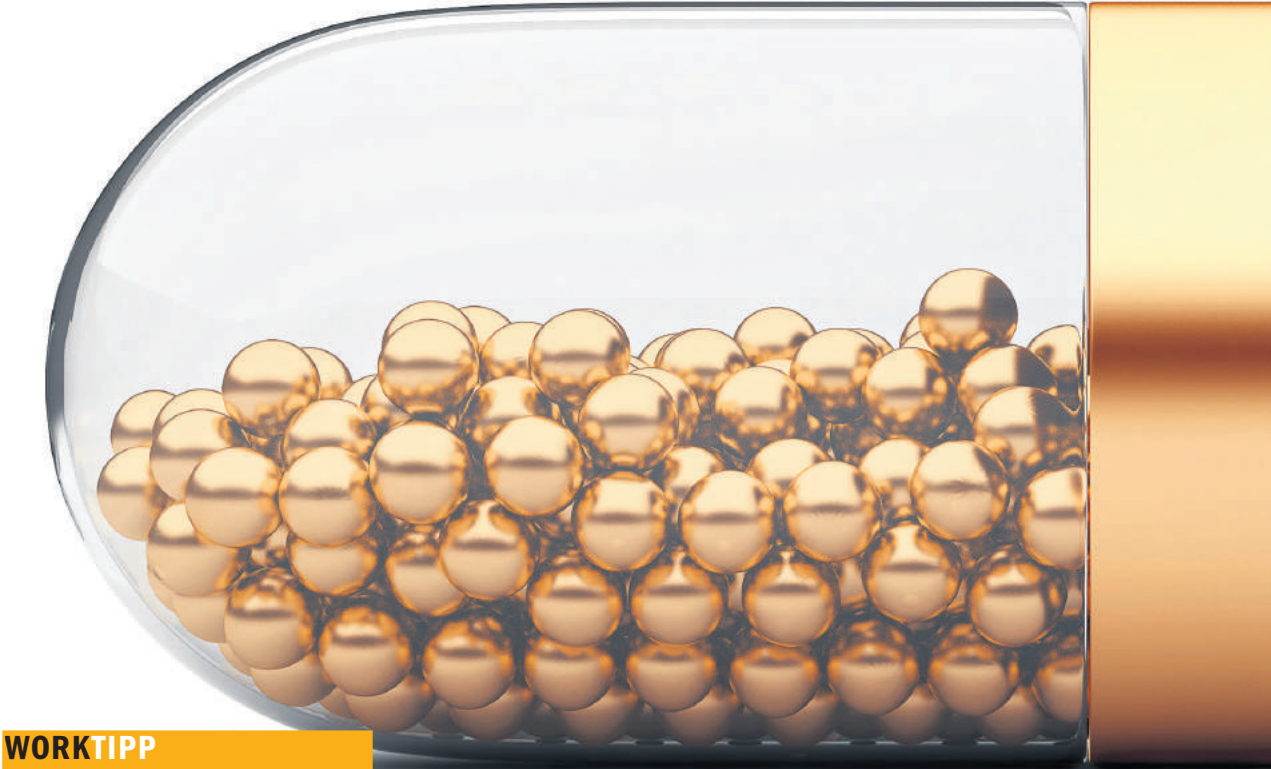
Lisa hat die Wahl. Denn sie ist im klassischen Modell der Grundversicherung nach Gesetz (KVG) krankenversichert, mit der tiefstmöglichen Franchise von 300 Franken sowie freier Arztwahl. Dafür bezahlt sie monatlich eine Prämie von 470 Franken. Kann aber selber entscheiden, ob sie zuerst zum Hausarzt oder gleich zur Spezialistin geht. «Viel Geld!» findet Lisa, «da leiste ich mir jetzt mal diesen Orthopäden!»

Lisa wählt bei jeder Erkrankung selbst, an welche Ärztinnen oder Ärzte sie sich wendet – und zählt damit zur Minderheit der Krankenversicherten in der Schweiz. Über die Hälfte sind nämlich in einem Modell mit eingeschränkter Arztwahl versichert und sparen damit bei der Prämie.

DOKTOR GATEKEEPER

Drei Hauptmodelle sind zu unterscheiden: Hausarzt, HMO und Telmed. Allen gemeinsam ist, dass am Anfang jedes Krankheitsfalls eine von der Krankenkasse bestimmte Stelle zu konsultieren ist, die über die weitere Behandlung entscheidet oder mindestens konkrete Empfehlungen ausspricht. Man nennt das das «Gatekeeper»- oder Pförtner-Prinzip.

● **Das Hausarztmodell:** In diesem Modell steht am Anfang jedes neuen Krankheitsfalls der Besuch bei der Hausärztin. Sie entscheidet, ob sie die Krankheit vorerst



WORKTIPP

FRANCHISE WECHSELN

Ihre Kostenbeteiligung bei Krankheit besteht aus 10 Prozent der Behandlungskosten plus einem jährlichen Selbstbehalt, der Franchise. Diese beträgt für Erwachsene mindestens 300 Franken (keine Franchise für Kinder). Erhöhen Sie die Franchise, sinkt Ihre Prämie um bis zu 1540 Franken pro Jahr. Generell lohnt sich das über die Jahre am ehesten, wenn Sie die höchste Franchise wählen, solange Sie jung und gesund sind und nur selten zum Arzt gehen. Im Vergleichsportal swupp.ch (siehe «Prämien online vergleichen») wird Ihnen der Spareffekt der Franchise angezeigt.

selber behandelt oder ob sich Spezialisten oder gleich das Spital darum kümmern sollten. Wichtig in diesem Modell ist die vertrauensvolle Beziehung zum gewählten Hausarzt, aber auch, dass er bei Bedarf innert nützlicher Frist einen Termin für Sie hat.

Achtung: Ihre Krankenkasse arbeitet vielleicht mit Ihrem jetzigen Hausarzt gar nicht zusammen. Dann müssten Sie für dieses

NICHT SO BITTER, DIESE PILLE: Sparmodelle der Krankenkasse schränken zwar Ihre

Modell den Arzt oder die Kasse wechseln.

Die Verpflichtung, stets zuerst die Hausärztin aufzusuchen, bedeutet zwar eine Einschränkung, hat aber den Vorteil, dass diese Ihre Krankengeschichte kennt. Das macht je nach akuter Erkrankung auch mal umständliche Tests und Untersuchungen unnötig. Nach Berechnung des Vergleichsportals Moneyland.ch liegt die Prämienersparnis beim Hausarztmodell im Mittel aller Krankenkassen bei 13 Prozent.

● **Das HMO-Modell:** HMO steht für «Health Maintenance Organiza-

tion», also für eine Organisation zur Erhaltung der Gesundheit. Dabei handelt es sich um eine Gruppenpraxis, in der neben Ärzten oft auch Pflegefachkräfte und Therapeutinnen tätig sind. Mit dem Hausarzt- hat das HMO-Modell gemeinsam, dass Sie im Fall einer Erkrankung immer zuerst

diese Praxis aufsuchen müssen, die nach der Erstvisite alle weiteren Behandlungsschritte koordiniert. 2019 haben aber nur etwa ein Drittel der Krankenkassen das HMO-Modell angeboten, und meist nur in städtischen Gebieten. Gemäss Moneyland.ch beträgt die Prämienersparnis hier durchschnittlich 16 Prozent.

● **Das Telmed-Modell:** Von diesem Modell bestehen je nach Kasse unterschiedlichste Varianten. Gemeinsam ist ihnen allen: Vor jeder Konsultation, deren Kosten die Kasse tragen soll, müssen Sie sich telefonisch bei der medizinischen Hotline melden und Ihre Symptome schildern. Je nach Vertragsbedingungen der Krankenkasse ist die Empfehlung der beratenden Fachkraft verbindlich oder hat nur ratgebenden Charakter. Im Unterschied zum Hausarztmodell wechselt Ihre Ansprechperson, je nachdem wer im Callcenter gerade Dienst hat; jedoch greifen alle beratenden Personen auf Ihre individuelle Krankenakte zu, haben also das gleiche Basiswissen über Ihre Gesundheit. Durchschnittlich sparen Sie mit diesem Modell

Das HMO-Modell hat im Durchschnitt den grössten Spareffekt.

tion», also für eine Organisation zur Erhaltung der Gesundheit. Dabei handelt es sich um eine Gruppenpraxis, in der neben Ärzten oft auch Pflegefachkräfte und Therapeutinnen tätig sind. Mit dem Hausarzt- hat das HMO-Modell gemeinsam, dass Sie im Fall einer Erkrankung immer zuerst

Shopping übers Internet: Das sind Keine Chance für

Beim Onlineshopping lässt sich öfter mal gutes Geld sparen. Die Anonymität des Internets zieht aber auch unseriöse Händler an. So schützen Sie sich vor ihnen.

MARTIN JAKOB

Bequem und praktisch ist das ja: vom Sofa aus durch die Warenkörbe dieser Welt browsen und mit ein paar Klicks bestellen, was gefällt. Kein Wunder, wachsen die Onlinehandelsumsätze Jahr für Jahr um stolze 10 Prozent. Jedoch: Manchmal ist schnell gefreut auch schnell bereut. Neben seriösen Versandhändlern tummeln sich im World Wide Web auch Tüchtigkeitsgute. Von Januar bis August dieses Jahres hat Switch, die Firma, die für die Schweiz

die Website-Adressen (URL) mit Endung .ch und .li verwaltet, bereits 800 Adressen gelöscht, weil der Verdacht auf kriminelle Aktivitäten bestand.

GÜTESIEGEL. Ein sicheres Zeichen für seriöse Geschäftspraktiken sind Gütesiegel. In der Schweiz verleiht zum Beispiel der Verband des Schweizerischen Versandhandels (VSV) das Siegel «Swiss Online Garantie». Wer das Siegel auf der Seite zeigt, garantiert ein 14tägiges Rückgaberecht, bestätigt, dass in allen Preisen Zollgebühren und Steuern bereits enthalten und Retouren stets an eine Schweizer Adresse möglich sind. Rund 300 Shops arbeiten mit diesem Gütesiegel. Ebenso glaubwürdig ist das vor allem in Deutschland verbreitete,



AUGEN AUF BEIM ONLINEKAUF: Im Internet tummeln sich auch unseriöse Onlineanbieter. Kriechen Sie ihnen nicht auf den Leim! FOTO: SHUTTERSTOCK

eine Sparpille



Wahlmöglichkeiten ein, aber nicht die Versicherungsleistung. FOTO: SHUTTERSTOCK

14 Prämienprozente gegenüber dem Standardmodell.

NOTFÄLLE AUSGENOMMEN
Stellen Sie sich vor, Sie fallen die Treppe herunter, Ihr linker Fuss schmerzt höllisch und schwillt an: Da müssen Sie jetzt noch das Tel-med-Center kontaktieren? Aber nein: Notfälle sind von der Konsultationspflicht in allen drei Modellen ausgenommen. Sie können also gleich das Taxi bestellen und ins nächste Notfallzentrum fahren. Ebenso wie Notfälle sind gynäkologische Vorsorgeuntersuchungen und Behandlungen beim Augenarzt ohne Einschränkungen möglich, je nach Modell gelten auch für Kinderarztbesuche freiere Regeln. Und selbstverständlich müssen sich die Kassen auch bei den Sparmodellen an den Leistungskatalog der obligatorischen Krankenversicherung halten: Das Recht auf Versicherungsleistungen nach diesem Katalog darf auf keinen Fall gekürzt werden.

WECHSEL AUCH UNTERM JAHR
Bei den meisten Kassen müssen Sie nicht den Jahreswechsel abwarten,

um vom klassischen Prämienmodell in eine Sparvariante zu wechseln, sondern können diesen Entscheid oft schon für den nächsten Monat fällen – natürlich nur, wenn Sie dabei Ihrer jetzigen Kasse treu bleiben. So hat es übrigens auch Lisa gemacht. Nachdem der Orthopäde sie erfolgreich behandelt hatte, erzählte sie der Hausärztin beim nächsten Besuch davon. Die sagte: «Weisst du, Lisa, ich

Der Leistungskatalog des KVG gilt auch für alle Sparmodelle.

wäre genau so vorgegangen wie der Orthopäde, da hätte es den Spezialisten nicht gebraucht. Und den weiten Weg in die Hauptstadt hättest du dir auch erspart. Den Facharzt hätte ich nur beigezogen, wenn der Fall in seinen Händen besser aufgehoben gewesen wäre.» Lisa hat daraufhin nachgedacht. Über ihre Prämie. Und über ihr Budget. Jetzt ist sie im Hausarztmodell versichert und spart rund 800 Franken Prämie im Jahr. Bisher ohne Reue.

KASSENWECHSEL
PRÄMIEN ONLINE VERGLEICHEN

Demnächst ist es wieder so weit: Gegen Ende September publiziert das Bundesamt für Gesundheit die Krankenkassenprämien 2020. Ab dann sind aktuelle Vergleiche möglich, und das auf verschiedenen Onlineportalen. Das sind die vier besten:

DIREKT VOM BUND. Unter **www.priminfo.admin.ch** bietet das Bundesamt für Gesundheit selbst einen Vergleichsrechner. Topseriös, werbefrei, schnell und hinreichend übersichtlich, mit Direktlinks zu allen Anbietern und knochentrockenen, aber korrekten Informationen über Gesetze und Regeln.

DIE MARKTFÜHRER. Nach ähnlichem Rezept funktionieren die kommerziellen Vergleichsportale **www.comparis.ch** und **www.moneyland.ch**. Beide sind refinanziert durch Werbeschaltungen und erhalten von den Firmen, die in den Vergleichen enthalten sind, Geld für Offertanfragen und Abschlüsse, die über ihr Portal zustande kommen. Dennoch: Ihre Vergleiche sind vollständig, objektiv und nutzerfreundlich aufbereitet. Im redaktionellen Teil finden sich zahlreiche beratende Beiträge, auch zur Krankenversicherung.

KLEIN UND FEIN. Der Vergleichsrechner **www.swupp.ch** ist das Werk des Mathematikers Asgard John, der sich zum Ziel gemacht hat, den einfachsten Rechner der Schweiz ins Netz zu stellen. Das ist ihm gut gelungen: Swupp erlaubt objektive und schnelle Prämienvergleiche ohne Firlefanzen, ist sehr übersichtlich und zeigt bei jeder Prämie an, welche Franchise die vorteilhafteste ist.

Für den Wechsel der Krankenkasse (Grundversicherung) auf Anfang 2020 muss die Kündigung bei Ihrer jetzigen Kasse spätestens am 30. November 2019 eintreffen. Beizeiten Prämien vergleichen – dann bleibt genügend Zeit für einen guten Entscheid!

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

UPC: Wer kündigt, erhält ein besseres Angebot

Telekomfirmen ändern immer wieder ihr Abo-sortiment. Für die Kundinnen und Kunden wird es meist teurer. So auch bei UPC, die früher Cablecom hiess. Im Sommer erhielt ein Teil der Kundschaft einen Brief, darunter ein UPC-Abonnent aus dem Zürcher Oberland. Er hatte das Abo «Connect & Play». Es kostet pro Monat 89 Franken für Internet, TV und Telefonie. UPC bot im Brief drei neue Kombiangebote an. Aus «Connect & Play» werde neu «Happy Home», was nur «ein wenig mehr» koste.



TEURER ZAPPEN: Mit der Änderung ihrer Abos führt UPC höhere Preise ein. Wer sich nicht wehrt, bezahlt. FOTO: ISTOCK

TREUE-BONUS: Kunden, die innerhalb von 30 Tagen nichts von sich hören lassen, bezahlen nachher für die gleichen Leistungen wie bisher mehr Geld. Denn UPC wechselt das bestehende Abo automatisch auf «Happy Home 50». Das kostet 99 Franken, also 10 Franken mehr. Der Abonnent liess das nicht auf sich sitzen. Er war mit dem alten Abo zufrieden und wollte nicht mehr bezahlen. Also rief er UPC an, um zu kündigen. Eine Mitarbeiterin wollte das verhindern und bot ihm an, sein bisheriges Abo für 49 Franken weiterzuführen. Einzige Bedingung: Er müsse die alte «Horizon»-Box durch «UPC TV» ersetzen. Das koste einmalig 99 Franken. Die UPC-Angestellte erklärte, dieses Angebot mit dem Namen «Happy Home Light» biete man nur wenigen treuen Kunden an. Der Abonnent liess sich überzeugen. Pikant: Das Abo «Happy Home Light» sucht man auf der Website von UPC vergeblich.

RETO WATTENHOFER

Das günstige Abo sucht man auf der UPC-Website vergeblich.

die wichtigsten Vorsichtsmassnahmen Online-Trickser

aber auch von Schweizer Firmen verwendete «e-Trusted-Shops»-Siegel mit ähnlichen Garantien. So oder so: Werden Sie bei einem Klick aufs Gütesiegel nicht zum Herausgeber des Siegels weitergeleitet, ist wahrscheinlich etwas faul!

TRANSPARENZ. Auch Shops ohne Gütesiegel können vertrauenswürdig sein. Prüfen Sie aber: Sind die Konditionen vollständig beschrieben? Dazu zählen Zahlungsoptionen, Versandart und Lieferfristen, Garantien, Rücknahmebedingungen, Datenschutzerklärung und allgemeine Geschäftsbedingungen. Ist eine geographische Adresse und eine Telefonnummer hinterlegt? Wenn Sie in einem Shop zum ersten Mal bestellen und sich nicht ganz si-

cher fühlen, lohnt es sich, zuerst anzurufen und zu testen, ob die Nummer tatsächlich bedient ist und ob Sie kompetente Antwort erhalten.

Besteht der genannte Telefonanschluss? Probieren Sie es aus!

BEWERTUNGS-CHECK. Das öffentliche Bewerten zählt zu den Lieblingsaktivitäten der weltweiten Onlinegemeinde. Profitieren Sie davon, indem Sie sich die Bewertungen des Shops ansehen. Manche Händler sammeln solche Konsumentenurteile selbst und stellen sie online, andere, zum Beispiel die «e-Trusted-Shops»-Mitglieder, lassen sie auf einem Bewer-

tungsportal (in diesem Fall: www.trustedshops.ch) publizieren. Werden Sie nicht fündig, googeln Sie den Onlineshop (Name plus «Bewertung»). Ist die Firma als betrügerisch aufgefallen, ist die Chance hoch, dass Sie einen Treffer landen, der die Warnlampen zünden lässt.

BEZAHLUNG. Falls Sie nur gegen Rechnung bezahlen wollen, verzichten Sie auf Einkäufe in Shops, die diese Option nicht anbieten. Und wenn Sie bereit sind, die Kreditkarte zu zücken oder ein anderes Zahlungsmittel zu verwenden: achten Sie darauf, dass die Webadresse mit **https://** beginnt. Das «s» steht für «verschlüsselt» und ist das Zeichen dafür, dass Ihre Kartendaten beim Transfer für Dritte nicht zugänglich werden.

ARBEITSBEDINGUNGEN

ACHTUNG, SCHINDEREI

Gewisse Onlinehändler – namentlich international tätige (zum Beispiel Amazon oder Zalando) – siedeln ihre Lieferzentren gezielt in Tieflohnländern an, bieten teils katastrophale Arbeitsbedingungen und vergeben Aufträge an Subunternehmen, ohne sich darum zu kümmern, wie diese mit ihrem Personal umgehen. work berichtete verschiedentlich darüber. Bedenken Sie beim Schnäppchenkauf: Tiefstpreise gehen oft auf Kosten der Löhne anderer.

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Was tun, wenn mein Lehrbetrieb schliesst?

Ich habe vor wenigen Tagen meine Lehre als Verkäuferin angetreten und bin mit dem Ausbildungsplatz so weit zufrieden. Nun habe ich aber von Mitarbeitenden gehört, dass es unserem Geschäft (wir sind nur acht Mitarbeitende und keiner Kette angeschlossen) sehr schlecht gehe und dass es wohl bald schliessen werde. Diese Gerüchte beunruhigen mich sehr. Was kann ich tun, wenn der Laden tatsächlich dichtmacht? Ich habe doch meine Lehre gerade erst begonnen ...

« Das ist selbstverständlich kein glücklicher Start in deine Lehre. Ich rate dir, dass du in einem ersten Schritt mit deiner Chefin oder deinem Chef

sprichst und nachfragst, was es mit diesen Gerüchten auf sich habe. Falls es tatsächlich so weit kommt, dass dein Lehrvertrag wegen Einstellung der Geschäftstätigkeit aufgelöst wird,



Kathrin Ziltener, Jugendsekretärin.

nach einer neuen Lehrstelle zu unterstützen. Es gibt aber kein Recht auf eine andere Stelle.»

Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin?
Schreib an lehre@unia.ch

workrätzel

Gewinnen Sie eine Hotelübernachtung!



Das Hotel Bern ist die perfekte Location, um Bern und Umgebung zu erkunden. Das historische Haus liegt mitten in der lebendigen

City, nur fünf Gehminuten vom Hauptbahnhof und 130 Meter vom Cityparking Metro entfernt. Sehenswürdigkeiten wie der Zytglogge, das Berner Münster oder das Bundeshaus sind zu Fuss erreichbar. Der ideale Ausgangspunkt für Shopping und Sightseeing in der bezaubernden Zähringerstadt.

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 14
Das Lösungswort lautete: **LERNENDE**



**DEN PREIS, 500 Franken in Reka-Checks,
hat gewonnen:
Marianne Mannhart-Tschofen, Flums SG.
Herzlichen Glückwunsch!**

Abk.: gemeinsamer Markt des Südens			Wett-kampfrichter	Internet-auftritt (engl. Kw.)	Aus-schüt-tung			Nadel-baum	Scha-den-feuer	ital. Tonbez. für das D	kleiner Keller-krebs		eingefräste Rille		Heiligen-bild der Ost-kirche	Pilger-fahrt n. Mekka	US-Schau-spieler † (Bruce)	sowieso
schweiz. Ge-sangs-trio		5						fossiler Brenn-stoff					1					
Doppel-konso-nant			Gemein-de im Kt. SG		höchster Berg der Erde: Mount ...							südam. Hoch-gebirge			Sprech-pausen-überbrü-ckung			
Haute ...								höchster Vulkan Europas		Berliner Flug-hafen		elektr. Pol						Darstel-lerin in: Basic Instinct
					Gift-schlange			techn. Emp-fangs-gerät							Schall-refle-xionen		Engage-ment, Leiden-schaft	
Zufluss des Zuger-sees		Provinz im Osten Süd-afrikas		gekochte Klösse		8						Blumen-gefässe		rein, unver-fälscht				
All-zweck-last-wagen							von ei-ner Jury verge-be-ner Preis		schweiz. Filmre-gisseur † (Kurt)		ital. Erfolgs-au-tor (Concetto)							
			südafrik. Anti-lope		beein-druckt							9		Bevor-zugter		Abk.: Nach-nahme		
d. Mund betref-fend	grosse Zitrus-frucht		antikom-munist. ... in Zürich 1957							Jahr-zehnt		Konse-quenz, Ergebnis		2				
Gross-stadt westl. v. Venedig					gefall-süchtig		afrikan. Raubtier der Sa-vanne		frz. Maler † 1917							Schiffs-zubehör		Misch-farbe
			nicht weich		nicht wahr: er-stunken und ...							Wasser-vogel			Abk.: Ab-bildung			6
Molekül-mengen-einheit		Behälter zum La-gern v. Zigarren				7			niederl. Airline		Eisstrom i. Wallis: ...glet-scher						3	
bibl. Stamm-mutter			männl. Fürwort	asiat. Brett-spiel			Autokz. Nieder-lande		Emirat am Per-sischen Golf	4					Abk.: Volks-ent-scheid		Drei-zehen-faultier	
Über-wachung		bedrohtes Dschun-gelgebiet										Stufe, Level						
								Gewin-nerin						10				

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	----------	-----------

**Lösungswort einsenden an: work,
Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per
E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 20. September 2019**

INSERAT

Termin- und Zeitdruck auf dem Bau?

Auf vielen Baustellen werden die Termine immer knapper berechnet. Auch wenn die Fristen unrealistisch sind, müssen sie um jeden Preis eingehalten werden – egal ob bei extremer Hitze oder Regenwetter. Die Qualität der Arbeit sinkt, die Arbeitssicherheit wird vernachlässigt und die Gesundheit der Bauarbeiter leidet.

Wir wollen wissen: Welche Erfahrungen hast du mit Termin- und Zeitdruck auf der Baustelle gemacht?



**Mach jetzt online mit bei der Umfrage zu
Termindruck auf dem Bau!**





WORKLESERFOTO

Die Wasserkönigin unter den Rosen

WANN Juli 2019
WO Lignano, Italien
WAS Seerosen
Eingesandt von Stefan Egger, Schmitten

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, **gewinnen Sie 100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, **Betreff** «Leserfoto»

WORKFRAGE VOM 30. 8. 2019

Finden Sie es richtig, dass die Gewerkschaften die Klimabewegung unterstützen?

30. August 2019 **work** 5

Schulterschluss von Gewerkschafts- und Klimabewegung

Kommt jetzt der Klima-Generalstreik?

Die Klimajugend hat auf der Suche nach Verbindeten bei den Gewerkschaften angeklopft – und über einen Generalstreik diskutiert.

STOPPT DEN WAND! Bei den seit Wochen anhaltenden Protesten im Zentrum sind immer mehr Menschen CO₂-frei geworden.

Die Briefträgerin & das Dolce far niente

Natürlich war die Briefträgerin auf der Post. In der Hand das gelbe Briefchen, das fast nach der Luft stank. Sie war auf dem Heimweg von der Arbeit. Der Briefträgerin aus Schaffhausen war bei der Begrüssung «Wir gehören ja zum gleichen Betrieb». Diese Meinung teilte die Briefträgerin. Fast recht, weil die Aufgäbenerstellung des Briefes in verschiedenen verschiedenen Betrieben stattfand.

Bartschi-Past

Karen Bartschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin. «Ich bin Bartschi-Past! Die sind Postmännchen, die gegen Postleuten sind und umgehenden sind alle Briefe gegen Postleuten und Verkauf, umfängt in «Postleuten»-Kategorie...» Postleuten ist ein Briefträger. Die beiden dachten also einander. Die Kollegin von Schaffhausen. Sie arbeitet Teilzeit, während ich 30. Personen, ganz auf...

SELBSTVERSTÄNDLICH! Selbstverständlich soll es zu einem Schulterschluss von Gewerkschafts- und Klimabewegung kommen. Als Gewerkschaftsmitglied während über 45 Jahren habe ich mich immer für die Zusammenarbeit von links-grünen Politikern, zivilen Organisationen und Gewerkschaften eingesetzt. Einen «Klima-Generalstreik» halte ich aber nicht für sinnvoll, dagegen plädiere ich auch für einen Klima-Aktionstag – nicht nur von und für Arbeitnehmende, sondern auch für engagierte Pensionierte und Jugendliche. Dabei sollte auch in allen betroffenen Organisationen die Wachstumsfrage fundiert diskutiert werden.

WERNER KALLENBERGER, ZÜRICH

EIN MENSCHENRECHT Natürlich setzen sich die Gewerkschaften für das Klima ein! Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage ist ein Menschenrecht. Wichtig ist, dass wir alle erkennen, dass das Klimaproblem mit unse-

rem Konsumverhalten zu tun hat. Und ohne Gleichberechtigung und ohne soziale Fairness geht unser Planet flöten. Darüber sollten alle diese Ego- und Macho-Präsidenten und CEO mal nachdenken.

PAUL DORN, ZÜRICH

UNTERSTÜTZEN, ABER NICHT EINMISCHEN Ich finde es ausgezeichnet, dass die Klimabewegung von den Gewerkschaften unterstützt werden soll. Ich denke aber, dass man sich nie in Entscheidungen der Klimabewegung einmischen sollte.

THOMAS GERBER, PER MAIL

WIE DAMALS VOR 100 JAHREN IM GENERALSTREIK Vor 100 Jahren folgten die klassenbewussten Arbeiter der Parole: «Uns aus dem Elend zu erlösen können wir nur selber tun!» Damals gingen 250 000 Arbeiter und sehr entschlossene Arbeiterinnen auf die Strasse, um in einem Generalstreik auf die Durchsetzung ihrer wohlverdienten

Rechte zu bestehen. Auch zu dieser Zeit waren es die jugendlichen Proletariat, die am entschiedensten und an vorderster Front für diese Anliegen ihr Leben riskierten. Ihnen war bewusst, dass sie ihre Rechte nur vereint durchsetzen konnten. Wenn sich heute die Gewerkschaften dazu entschliessen, mit den jugendlichen Klimastreikenden gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen auf die Strasse zu gehen, ist das sehr begrüßenswert. Denn damals wie heute gilt: Dieses System ist nicht bereit und nicht in der Lage, die legitimen Bedürfnisse des Grossteils der Bevölkerung zu befriedigen. Darum gilt heute wie damals: Das arbeitende Volk soll selber darüber bestimmen können, was für wen produziert werden soll, ohne dabei unsere Lebensgrundlagen zu zerstören.

BENI GNOS, ALLSCHWIL BL

ALLE ZUM KLIMASTREIK! Ich finde auch, dass wir in der Schweiz mit Klimastreiken anfangen sollten. Es reicht doch nun einfach mal!

MAJA GRAUWILER, PER MAIL

GEGEN DIE AUSBEUTUNG VON MENSCH UND UMWELT Selbstverständlich ist es gut und richtig, dass die Gewerkschaften die Klimabewegung unterstützen. Denn es geht uns als Linken ja darum, zu verhindern, dass Menschen und Umwelt ausgebeutet werden. Etwas aufgeregt habe ich mich deshalb über den Titel in einer früheren Zeitung zu den tieferen Frauenlöhnen. Da stand nämlich so ungefähr:

Jede Frau könnte jedes Jahr auf die Malediven in die Ferien, wenn sie den gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten würde. Da hätte man schon einen besseren Vergleich bringen können in einer Zeit, in der es darum geht, weniger zu fliegen.

MARIO GSELL, KALTACH LU

SYSTEMWECHSEL Ich begrüße es sehr, dass sich die Klimabewegung mit den Gewerkschaften abspricht. Wir müssen dringend und rasch massive Massnahmen gegen die Klimakrise ergreifen. Das ist nur mit einem Systemwechsel möglich. Denn es ist der Kapitalismus, der Menschen und Natur gleichermassen ausbeutet. Dass die Klimajugend diesen Zusammenhang sieht, ist hervorragend.

VERONIKA HUGGIN, PER MAIL

SOZIAL GESTALTEN Die Massnahmen gegen den CO₂-Ausstoss sind dringlich. Doch sie müssen sozial verträglich sein. Nicht dass diejenigen, die am wenigsten dazu beitragen, am meisten bezahlen müssen. Das bedeutet: sämtliche Lenkungsabgaben müssen vollumfänglich an die Bevölkerung zurückbezahlt werden, zum Beispiel via Krankenkassenprämien.

SEPP RITTER, PER MAIL

FÜR DIE 99 PROZENT Ein Schulterschluss von Arbeiter- und Klimabewegung ist sehr begrüssenswert und wichtig. Denn ein ökosozialer Wandel ist dringend nötig. Das herrschende System schädigt 99 Prozent der Menschen und zerstört die Lebensgrundlagen von allen. Darum müssen wir es ändern.

TRIX HARTMEIER, PER MAIL

WORKPOST

WORK 14 / 30.8.2019: NAZIBILDER GEHÖREN ZUR DNA DER SVP

Falsche Strategie

Den Apfel, die Paradiesfrucht Nummer eins, wurmstichig zu plakatieren und den Gegner so schlechtzumachen, wird wohl kaum den erhofften Segen für die Wahlen bringen. Wer andere mit Würmern gleichsetzt, erntet Empörung. Oder fühlen Sie sich noch angesprochen, eine solche Partei zu wählen? Vielleicht wischt die SVP zuerst besser vor der eigenen Türe.

MARTIN A. LIECHTI, MAUR ZH

WORK 14 / 30.8.2019: GUTE GESCHÄFTE MIT DEM BRANDSTIFTER BOLSONARO

Referendum!

Noch ist der Wortlaut des Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten nicht bekannt. Doch ist davon – wenn man sich die Verhandelnden ansieht – in Sachen Ökologie und Arbeitnehmendenrechte nichts Gutes zu erwarten. Gut deshalb, dass die fortschrittlichen Schweizer Kräfte bereits jetzt klarmachen: ohne wirksame Garantien gibt's ein Referendum.

HEIDI BACHMANN PER MAIL

Keine Geschäfte mit Bolsonaro

Es ist eine Schande, wie die drei ganz rechten Bundesräte Bolsonaro hofieren. Keine Geschäfte mit Faschisten und Regenwald-Killern!

TONI BRUGGER VIA MAIL

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **work** Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern

workquiz

Wie gut sind Sie?

1. Erste Internationale I
In welchem Basler Café bespitzelte die Polizei die Teilnehmer?

a) Im Rund?
b) Im Egge?
c) Im Spitz?
d) Im Oval?

2. Erste Internationale II
Wo liegt der Anarchist Michail Bakunin begraben?

a) Auf dem Pariser Friedhof Père Lachaise?
b) Er wollte gar nicht begraben werden?
c) Auf dem Moskauer Nowodewitschi-Friedhof?
d) Auf dem Berner Bremgarten-Friedhof?

3. Erste Internationale III:
Warum war der spätere Arbeiterführer Herman Greulich seiner Zeit voraus?

a) Er war Lokführer?
b) Er war Feminist?
c) Er war Blogger?
d) Er war Eurokommunist?

4. Erste Internationale IV
Warum streikten 1868/69 in Basel die Seidenarbeiter

a) Weil die Fabrik von der Raupen- auf die Graupenproduktion umstellen wollte?
b) Weil ihr Chef eine Frau einstellen wollte?
c) Weil die Fabrik keine Kantine hatte?
d) Weil ihr Chef sie nicht an die Basler Herbstmesse gehen lassen wollte.

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: un: 1c, 2d, 3b, 4d

Schreinerin **Rose Marie Hintermeister (51)** kam aus dem Seeland über Brasilien zum Theater

«Nur eine Seite muss schön sein»

Rose Marie Hintermeister macht nie zweimal das gleiche Stück. Jede ihrer Kulissen ist einzigartig.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN | FOTOS YOSHIKO KUSANO

«Unüblich war es schon», sagt Rose Marie Hintermeister (51). «Die meisten meiner Freundinnen wurden Krankenschwestern, Kindergärtnerinnen oder Sekretärinnen.» Dass sie als einziges Mädchen eine Schreinerinnenlehre begann, sei purer Zufall gewesen. Oder auch nicht: «Meine Mutter fand, ich könnte Schreinerin werden», sagt Hintermeister. Und ihre Mutter entsprach nicht dem klassischen Rollenbild in einer ländlichen Gemeinde im Berner Seeland in den 1970er Jahren. Denn Brigitte Hintermeister war alleinerziehend, die einzige sozialdemokratische Gemeinderätin, gründete den Verein Kind und Krankenhaus und den lokalen Kindergarten. Und sie arbeitete mit Holz, verkaufte ihre eigenen handgefertigten Puzzles.

«In der Lehre war es aber kein Thema, dass ich ein Mädchen war. Mein Chef wollte einfach jemanden mit guten Noten.» Die einzigen Bedenken gab es bezüglich einer Damen-Toilette, die es im Betrieb nicht gab. Und weil ihr Chef dachte, «sie hätte dann nicht genügend Kraft». Aber da hatte Hintermeister schon fast ihre heutigen 1 Meter 85 Körpergrösse erreicht, und an Kraft fehlte es ihr nie.

Nach der Lehre war für Hintermeister klar, dass sie nicht in einem klassischen Betrieb arbeiten möchte. So wurde sie Schreinerin in der Steinerschule Schlössli in Ins BE, wo sie für den Ausbau und Unterhalt zuständig war. Oder war privat angestellt für den Umbau eines Hauses. In der Lederboutique in Bern war sie «Handwerkerin mit verkäuferischem Flair». Und jobbte nebenbei im Kino. Hintermeister erklärt: «Ich arbeite nur deshalb im Kino, weil ich so alle Filme gratis schauen konnte.»

IMMER UNTERWEGS. Danach ging's nach Brasilien. Dort verbrachte Hintermeister ein halbes Jahr im Ferienparadies Ilha Grande. Sie aber machte keine Ferien, sondern baute Häuser für ein Strassenkinder-Projekt. Und entdeckte ihre Reiselust: Sie suchte sich nur noch dann Arbeit, wenn das Portemonnaie leer war. Dazwischen entdeckte sie die Welt. Etwa Australien: «Dort mietete ich einen Töff und fuhr alleine kreuz und quer durch das Land.»

Und dann kam das, was Hintermeister eigentlich nie hatte machen wollen: Sie arbeitete für eine konventionelle Schreinerei. «Aber auf Montage», sagt Hintermeister. Das habe sie trotz allem gern gemacht, weil sie viel selbständig arbeiten konnte.

Und jetzt – jetzt ist sie angekommen. Das heisst, bereits vor 10 Jahren. Hinter-

meister ist stellvertretende Leiterin in der Schreinerei der Theaterwerkstatt von «Konzert Theater Bern». Die Schreinerin sagt: «Das ist ein Traumjob. Wer einmal in der Theaterwerkstatt arbeitet, geht vor der Pensionierung nicht mehr weg.» Auch sie hat nicht vor, nochmals woanders zu arbeiten. «Das könnte ich auch nicht.» Denn sie sei nicht mehr à jour mit den neusten Entwicklungen im Schreinerhandwerk. Und sie habe sich daran gewöhnt, nur eine Seite schön zu machen. Denn Hintermeister macht Kulissen fürs Berner Stadttheater und für die Vidmarhallen. Pro Jahr sind dies 21 grosse und 10 kleine Produktionen. Normalerweise arbeiten sie an drei Bühnenbildern parallel. Für ein Bühnenbild brauchen sie zwischen zwei Wochen und vier Monate.

Gerade bauen sie dreistöckige Türme, begehrbar, mit Türen und Leitern. Es ist die Kulisse für die Bühnenfassung von Charlie Chaplins «Der grosse Diktator». Hintermeister erklärt: «Für dieses Bühnenbild arbeiten wir eng mit der Schlosserei zusammen.» Die Türme kann das Team dann aber erst auf der Bühne komplett aufbauen, weil die Decke im Atelier zu tief ist.

IMMER ANDERS. Das sei typisch für die Arbeit in der Theaterwerkstatt, sagt Hintermeister. «Keine Aufgabe ist wie die andere, immer ist Kreativität gefragt, aber dafür muss die Arbeit auch nicht so genau sein wie in einer klassischen Schreinerei.»

Kürzlich musste sie etwa einen ovalen Tisch machen: «Die Vorgabe des Bühnen-

bildners war, dass darauf 10 Leute können, dass sie auch darunter Platz haben und dass der Tisch umhergefahren werden kann. Da musste ich schon ein bisschen überlegen, was für Materialien ich nehme und wie ich das mache.» Ja, manchmal hätten die Bühnenbildner schon ausgefallene Ideen. Aber da müsse man halt zusammen eine machbare Lösung finden, was mit den meisten auch problemlos möglich sei.

Oder das Bühnenbild zum Stück «Titus Andronicus» von William Shakespeare. Dafür mussten sie die Buchstaben R, O und M konstruieren, über zwei Meter hoch, begehrbar innen und oben und tragbar für zwei Personen. «Die Kritikerinnen und Kri-

tiker haben dann zwar die Inszenierung verrissen, aber das Bühnenbild war toll!» Hintermeister geht eigentlich jedes Stück schauen, manchmal auch nur bis zur Pause – bis sie weiss, wie «ihre» Kulisse wirkt. «In meinen 10 Jahren habe ich eigentlich erst ein Bühnenbild machen müssen, das nicht funktionierte. Das waren so komische Eisblöcke, die wirklich nicht gut aussahen.»

Und was passiert mit den Kulissen, wenn der Vorhang fällt? Hintermeister seufzt: «Ich möchte eigentlich alle Stücke behalten! Aber die meisten Kulissen werden verbrannt, nur die Tierkonstruktionen werden gelagert und wiederverwendet.»



ROSE MARIE HINTERMEISTER

DIE VIELSEITIGE

Rose Marie Hintermeister (*1967) mag Geschichten in jeder Form. Selten ist sie ohne Buch unterwegs, schaut viele Filme, geht ins Theater. Und sie ist fasziniert von anderen Handwerken. So näht sie schon seit Jahren ihre Hosen selbst, weil es für ihre über 180 cm früher keine genügend langen Hosen gab. Hintermeister kann auch Pfeilbogen bauen und Bücher binden. Die Schreinerin sagt: «Als nächstes möchte ich lernen, einen Ofen zu bauen.»

MUSIK & CO. Ausserdem macht Hintermeister Yoga, fährt Velo, geht schwimmen, tanzt Country Line – «obwohl ich immer gesagt habe, zum Tanzen bringt ihr mich nie» – und spielt in der Steelband Pocoloco, der Frauensteelband aus dem Berner Oberland.

Rose Marie Hintermeister ist Unia-Mitglied. Sie arbeitet 80 Prozent und verdient netto 3900 Franken.



IMMER NEU: Jedes Bühnenbild ist anders. Deshalb müssen Rose Marie Hintermeister und ihr Team in der Theaterwerkstatt immer wieder kreative Lösungen finden.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Martin Jakob, Andreas Rieger, Michael Stötzel, Clemens Studer, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach **Korrektur** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 83 058 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia